

THEORETISCHE UND ORGANISATORISCHE GRUNDLAGEN DER JUSTIZ IN UNGARN

DR. LÁSZLÓ NÉVAI

Professor, Leiter des Lehrstuhls für Zivilprozess der Loránd-Eötvös-Universität
(Budapest)

1. Das Gericht im sozialistischen Staat

1. *Das Gericht im System der Staatsorgane*

Das Gericht ist in jedem Gesellschaftssystem ein Teil der die Achse der politischen Institute der Gesellschaft bildenden Staatsorganisation, ein Element des Staatsmechanismus.

Im System der Organe des sozialistischen Staates — auch in der Ungarischen Volksrepublik — nehmen die Gerichte eine besondere Stellung ein. Diese besondere Stellung der Gerichte und ihre Absonderung innerhalb der Staatsstruktur entspringt aus den Besonderheiten der Aufgaben, der Organisation und der Arbeitsmethoden des sozialistischen Gerichtes. Die Verfassungen der sozialistischen Staaten geben diesen — in ihrer Gesamtheit nur für die Gerichte kennzeichnenden — Zügen dadurch auch äußerlich einen Ausdruck, daß sie die auf die Gerichte bezüglichen grundlegenden Bestimmungen in ein besonderes Kapitel aufnehmen. Eine solche Lösung kennzeichnet die Verfassung sämtlicher sozialistischen Länder. Kapitel V der Verfassung der Ungarischen Volksrepublik führt den Titel „Die Gerichtsorganisation“ und faßt in 6 Paragraphen (§§. 45 — 50) die wichtigsten Sätze zusammen.

Im sozialistischen Staat ist das Gericht ein hochbedeutendes Organ der *einheitlichen Staatsgewalt*, der Verwirklicher der Rechtspflegefunktion des Staates. Das ist das Wesen jener besonderen Rolle, die das Gericht im sozialistischen Staat spielt: das Gericht übt die *Rechtspflege* aus. In der Ungarischen Volksrepublik vollführen die Gerichte diese Tätigkeit im Namen des die Macht des ganzen werktätigen Volkes vertretenden Staates (das ist der Grund — und nicht eine Bestrebung nach Feierlichkeit — daß die Gerichte ihre Urteile „Im Namen der Volksrepublik“ verkünden).

„Die Ausübung der Rechtspflege“ bedeutet in kurzer Zusammenfassung, daß das sozialistische Gericht in einer *Verhandlung* die vor das Gericht gehörenden Zivil-, Familien-, Wirtschafts-, Straf- usw. Sachen untersucht und *entscheidet* und — wenn erforderlich — auch die *Vollstreckung* seiner Beschlüsse sichert.

Diese Tätigkeit ist stark abweichend von der Tätigkeit anderer Staatsorgane. Das Wesen dieser Abweichung besteht darin, daß das

Gericht die Sachen in einem *öffentlichen Verfahren* verhandelt; im Verfahren *nehmen* die Parteien (Kläger, Beklagter, Ankläger, Angeklagter usw.) *aktiv teil*, für welche das Gesetz sämtliche Rechte, die zum Schutz ihrer Interessen erforderlich sind, sichert; als Ergebnis des Gerichtsverfahrens kommt ein *rechtskräftiges Urteil* zustande, dessen Verfügungen für die interessierten Personen und Staatsorgane verpflichtend sind; das Gericht entscheidet die Sachen im spezifischen *Organisationsrahmen* und mit *demokratischen Garantien* des Verfahrens — meistens kollektiv, in Gerichtskammern mit Teilnahme von Volksschöffen — und ist bei dieser Tätigkeit von jedem anderen Organ *unabhängig*.

Die im Staatsmechanismus gespielte Rolle des Gerichtes gibt die Erklärung dafür, daß die Beschlüsse oft Verfügungen enthalten, die von *anderen Staatsorganen vollstreckt werden müssen* (z. B. unmittelbarer Abzug des Kindesunterhaltes vom Gehalt des Eltern, Vollstreckung der rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafe, Anwendung der Rechtsfolgen eines rechtskräftigen Urteils mit Verbot der Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten usw.).

Dabei wirkt das Gericht — stets unter Wahrung seiner Unabhängigkeit und unter Abstandnahme eines unbefugten Eingriffes in die Kompetenz anderer Staatsorgane — entsprechend (in gesetzlich geregelten Formen) *auch mit anderen Staatsorganen* (z. B. mit den Räten, der Staatsanwaltschaft, der Polizei usw.) zusammen.

Das Gericht des sozialistischen Staates vertritt in der gesellschaftlich-historischen Entwicklung einen *höheren Typ* im Vergleich mit den Gerichten der früheren Staaten. Das sozialistische Gericht schützt die Staatsgewalt der *Werk tätigen*, die *Interessen des Volkes*, trägt zur Vervollkommenheit der *Menschenrechte* bei, ist aufgrund wahrer demokratischer Grundsätze organisiert und fördert die Entwicklung der die höchste Rechtsgleichheit verwirklichenden sozialistischen Gesellschaft.

Eine Aufgabe der in den sozialistischen Ländern durchgeführten gesellschaftlichen Revolutionen war eben, daß anstelle des vom Volk entfremdeten Gerichtes der früheren Systeme Gerichte ganz neuen Typs errichtet werden. Die sozialistische Oktoberrevolution vom Jahre 1917 in Rußland hat dieses Programm durch *sofortige Liquidierung* der alten zaristischen Gerichte durchgeführt; die bekannten Worte Lenins heben das Wesen dieses Prozesses hervor: „Wir müssen selbst urteilen. Sämtliche Staatsbürger müssen in der Gerichtsbarkeit und in der Regierung des Landes teilnehmen.“¹ Im Grunde genommen wollte das auch die Ungarische Räterepublik während der 133 Tage der sozialistischen Revolution von 1919 verwirklichen. In den nach dem II. Weltkrieg zustande gekommenen sozialistischen Staaten wurde die Ausgestaltung der Gerichte neuen Typs *allmählich* durchgeführt.

2. Aufgaben der Rechtspflege

Die Aufgaben der sozialistischen ungarischen Gerichtsbarkeit wurden gesetzlich in der Verfassung [§. 50 Abs.(1)] und im Gesetz IV vom Jahre 1972 über die Gerichte (§. 2) festgelegt. Gemäß dem Text des

Gesetzes über die Gerichte, der auch die Bestimmungen der Verfassung umfaßt, aber etwas eingehender ist, hat das Gericht bei der Ausübung der Rechtspflege folgende Aufgaben:

- es schützt und sichert die staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung der Ungarischen Volksrepublik, sowie die Rechte und die gesetzlichen Interessen der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organe (Organisationen) es bestraft die Verüber eines Deliktes;

- es erzieht die Staatsbürger zur Achtung der Gesetze, zur Staatsbürgerdisziplin und zur Einhaltung der Regeln des Gemeinschaftslebens;

- es bringt die Erfordernisse der sozialistischen Gesetzlichkeit zur Geltung;

- es fördert die Beseitigung jener Ursachen und Umstände, die gemäß den Angaben des Verfahrens die Verübung der Rechtsverletzungen ermöglichen.

Das Wesen des Inhalts der Rechtspflegeaufgaben kann kurz so verallgemeinert werden, daß unsere Gerichte im Laufe des Schutzes und des Geltendmachens der *sozialistischen Gesetzlichkeit* die *sozialistische Gerechtigkeit* verwirklichen und dadurch eine *erzieherische Wirkung* auf die Werktätigen ausüben.

Im Laufe der Ausübung der Rechtspflege und der Lösung der Aufgaben kommen zahlreiche verschiedene Sachen vor das Gericht. Vom Gesichtspunkt der Staatsbürger und der juristischen Personen (Unternehmen, Genossenschaften, gesellschaftliche Organe usw.) hat jene Frage eine sehr große Bedeutung, welche Streitsachen zwecks Beurteilung zum Gericht kommen können, das im Laufe eines mit den stärksten Garantien umgebenen Verfahrens darüber entscheidet. Dieser letztere Umstand bestimmt die Wichtigkeit der Frage des sog. *Gerichtsweges*.

Zum Gerichtsweg gehören in Ungarn die Strafsachen, die Zivilsachen, die Familienrechtsstreite, die Arbeitsrechtsstreite, die Rechtsstreite im Zusammenhang mit dem Mitgliedsverhältnis der Genossenschaften, die Rechtsstreite der wirtschaftenden Organisationen untereinander (die sog. Wirtschaftsprozesse) und noch zahlreiche andere Sachen.

Vom Gesichtspunkt des Verfahrens erfolgt die Beurteilung aller dieser Sachen in zwei Hauptformen: die Strafsachen in dem *Strafverfahren* alle übrigen in dem *Zivilverfahren*. Diese zwei Verfahren sind so die beiden Hauptwege der sozialistischen Gerichtsbarkeit. Die grundlegenden Regeln beider Verfahren sind in zwei verschiedenen Gesetzen enthalten: im Gesetz I vom Jahre 1973. über das Strafverfahren, bzw. im Gesetz III vom Jahre 1952. über die Zivilprozeßordnung.

Infolge der Aufgabe der Rechtspflege zwecks Geltendmachens der *sozialistischen Gesetzlichkeit* muß das Gericht bei der Entscheidung der vor ihm verhandelten Straf- und Zivilsachen die entsprechenden materiell-rechtlichen (straf-, zivil-, familien-, arbeitsrechtlichen usw.) Regeln restlos anwenden und die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der

Gerichtsorganisation und des *Verfahrens* streng einhalten. Die Verwirklichung der sozialistischen Gesetzlichkeit bedeutet also die Verwirklichung der *sozialistischen Rechtsordnung* im Laufe der Gerichtsbarkeit.

„Eine Nation — sagte Lajos Kossuth —, die *sich selbst Gesetze schafft, aber denen kein Gehorsam leistet*, ist damit so, als ob sie mit selbstmörderischen Händen eine bittere Satire über sich geschrieben hätte. Die Mißachtung des Gesetzes ist einer Büchse der Pandora ähnlich, aus der eine unzählige Schar des Schlechten hervorströmt...“² Das gilt doppelt für die Gesetze des sozialistischen Staates, die den Willen der Staatsgewalt des gesamten werktätigen Volkes ausdrücken.

Das Gericht muß seine Aufgabe bezüglich der Verwirklichung der Gesetzlichkeit nicht nur in seiner eigenen Tätigkeit vor Augen halten, sondern es muß auch davon sorgen, daß die im Verfahren teilnehmenden Personen ein Verhalten aufweisen, das den Rechtsregeln entspricht. Die letzteren spielen aber nicht nur eine passive Rolle bei der Sicherung der Gesetzlichkeit, sondern sie sind verpflichtet — entsprechend ihrer Stellung im Verfahren (z. B. als Kläger, Beklagter, Staatsanwalt, Verteidiger, usw.) — auch aktiv bei der Durchführung dieser Aufgabe mitzuwirken. Daraus ergeben sich die auf das *Zusammenwirken* zwischen dem Gericht und den anderen Teilnehmern hinweisenden Züge der Gerichtsbarkeit.

Das ganze System des Gerichtsverfahrens dient der Verwirklichung der sozialistischen Gesetzlichkeit. In der Reihe der *Verfahrensgarantien* hat die Rechtsmittelberechtigung, die Gesetzlichkeitsverwahrung, sowie die Vollstreckung der Entscheidung eine primäre Bedeutung. Aus der Reihe der *organisatorischen und persönlichen Garantien* ist die Rolle der Staatsanwaltschaft sowie die der Rechtsanwälte und Justitiare hervorzuheben.

Mit der Aufgabe des Geltendmachens der sozialistischen Gesetzlichkeit ist die Aufgabe der Verwirklichung der *sozialistischen Gerechtigkeit* organisch verbunden. Die sozialistische Gerechtigkeit kann nur auf dem Boden der Gesetzlichkeit verwirklicht werden.

Jede Gesellschaftsordnung hat eine verschiedene Vorstellung über die Gerechtigkeit. Es gibt keine „ewige Gerechtigkeit“. Die Gerechtigkeit ist „immer nur ein ideologisierte, idealisierter Ausdruck der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse“.³

Einer der wichtigsten bestimmenden Faktoren der Gerechtigkeit — als einer eine Bewertung ausdrückenden geschichtlichen Kategorie — ist immer das Rechtsbewußtsein der herrschenden Klasse. Der Inhalt der sozialistischen Gerechtigkeit gründet sich auf der neuen Auffassung über die Rolle und Bedeutung der Arbeit, auf der Anschauung der Werktätigen über die Gerechtigkeit. Diese Gerechtigkeitsvorstellung geht aus dem auch in der Verfassung festgelegten Grundsatz des Sozialismus („Jeder nach seiner Fähigkeit, jedem nach seiner Arbeit“ — [§. 14 Abs. (4)] aus.

Die sozialistische Gerechtigkeit wird dann in der Gerichtsbarkeit verwirklicht, wenn das Gericht neben der Aufklärung des *tatsächlichen*

Sachverhaltes der Sache die Rechtsnormen anwendet und aufgrund seiner inneren Überzeugung ein mit dem sozialistischen Rechtsbewußtsein der Werktätigen übereinstimmendes, überzeugend wirkendes Urteil fällt.

Das sozialistische Gericht beschränkt sich nicht auf die Anwendung des staatlichen Zwanges, sondern es schreibt eine große Bedeutung auch der Erfüllung der *Aufgabe der Erziehung* zu. Im Mittelpunkt dieser Tätigkeit des Gerichtes steht die Erziehung zur Achtung und freiwilligen Befolgung der Gesetze, zur Vorbeugung der Rechtsverletzungen, zur Staatsbürgerdisziplin und zum Verantwortungsgefühl, zur Einhaltung der Regeln des Gemeinschaftslebens. Die erzieherische Aufgabe der Gerichtsbarkeit ist grundlegend durch die Erfordernisse der sozialistischen Moral motiviert.

Die Wirksamkeit der erzieherischen Arbeit ist in erster Linie durch die Arbeitsmethoden und durch den inhaltlichen Wert der Urteile bestimmt. Das Gericht kann eine erzieherische Wirkung nur dann erreichen, wenn es das Wesen der Sache, die Ursachen der Rechtsverletzung tiefgehend aufdeckt, und in der Gesellschaft die Überzeugung erweckt, daß seine Entscheidung gerecht, richtig und gesetzlich ist.

3. Hauptlinie der Entwicklung der ungarischen Gerichtsorganisation

Im Laufe der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung nach dem II. Weltkrieg erfolgten revolutionäre Änderungen auch in der ungarischen Gerichtsorganisation; es kamen Institute zustande, die auf einen neuen Klasseninhalt begründet sind und neue Organisations- und Funktionsgrundsätze zum Ausdruck bringen. Der Entwicklungsprozeß unserer Gerichtsorganisation ist ein Prozeß der immer tiefergreifenderen *Demokratisierung*.

Dieser Prozeß setzte am Anfang des Jahres 1945 mit der Einführung der politischen Volksgerichte (Verordnung 81/1945 M. E.) ein und wurde auf eine breitere Grundlage mit der Errichtung der Arbeitsgerichte im Jahre 1947 (Ges. XXIII. von 1947) gestellt. Nach dem Jahre der „Wendung“ 1948 setzte sich dieser Prozeß mit der Einführung des Systems der Volksschöffen auf dem ganzen Gebiet der Strafgerichtsbarkeit (Ges. XI. vom Jahre 1949) fort und hat sich durch die Festlegung der Grundsätze der neuen Gerichtsorganisation in der Verfassung (Ges. XX. vom Jahre 1949) vollendet. Inzwischen wurden auch formell die Reste der halbfeudalen – bürgerlichen ungarischen Gerichtsorganisation liquidiert (Oberhofmarschallgericht, Verwaltungsgericht, Konfliktgerichtshof usw.).

Das erste ungarische Gesetz über die einheitliche Gerichtsverfassung vom Jahre 1954 entwickelte das bisher ausgebildete System der Gerichtsorganisation und den sozialistischen Demokratismus weiter. Anstelle dieses Gerichtsverfassungsgesetzes trat das schon erwähnte Ges. IV. vom Jahre 1972, welches die in den vorangehenden Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen über die Gerichtsorganisation verwertete und zugleich – auch im Einklang mit den Erfordernissen der Wirtschaftsentwicklung – die Einheit unserer Gerichtsbarkeit vervollkommnete.

II. Verfassungsgrundsätze der ungarischen Rechtspflege

1. Das Wesen der Grundsätze

Die ganze Organisation der ungarischen Rechtspflege ist vom Geiste des *sozialistischen Demokratismus* durchdrungen. Dessen Grundlage ist die Tatsache, daß die Ungarische Volksrepublik ein sozialistischer Staat ist, in welchem jede Gewalt dem werktätigen Volk zukommt (Verf. §. 2). Das Wesen des sozialistischen Demokratismus unserer Rechtspflege zeigt sich darin, daß das Gericht ein Organ des Volkes, ein Institut der Volksmacht ist, in dessen Arbeit die Werktätigen durch ihre gewählten Vertreter, durch die Berufsrichter und die Volksschöffen teilnehmen. Der sozialistische Demokratismus unserer Rechtspflege wurzelt im Demokratismus unseres Staates, in der engen Verbindung mit dem Volke, in der Verschmelzung mit ihm.

Der sozialistische Demokratismus der Rechtspflege kommt vor allem in den *Grundsätzen* der ungarischen Rechtspflege zum Ausdruck. Diese Grundsätze bestimmen den Organisationsaufbau unserer Gerichte, weisen den ganzen Gang des Gerichtsverfahrens die Richtung und liefern jene Züge, wodurch der sozialistische Charakter und ideeller Inhalt unserer Rechtspflege hervorgehoben wird.⁴

Ein bedeutender Teil der Grundsätze der Rechtspflege ist eine Projektion der verfassungsmäßig gesicherten *demokratischen Freiheitsrechte* auf die Gerichtsbarkeit. Dem Verfassungssatz der Gleichheit vor dem Gesetz entspricht z. B. in der Gerichtsbarkeit der Grundsatz der Einheit der Rechtspflege. Die nationale Gleichberechtigung, als demokratisches Freiheitsrecht, verkörpert sich in der Rechtspflege im Grundsatz der Sicherung des Gebrauchs der Muttersprache, bzw. der Rechtspflege in der Nationalsprache.

Einzelne Grundsätze der sozialistischen Rechtspflege stammen aus jenen bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechten, welche durch das kapitalistische System zur Zeit des Imperialismus immer mehr entkräftet werden, und für deren Geltendmachen heute eben die Werktätigen auf der ganzen Welt kämpfen. In der Rechtspflege der sozialistischen Staaten erhalten aber auch diese Grundsätze (z. B. der Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit, das Recht der Verteidigung) einen neuen, eben auf den sozialistischen Demokratismus beruhenden Inhalt.

Neben den auf die bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte zurückgreifenden Rechtspflegegrundsätzen führten die sozialistischen Länder auch solche Rechtspflegegrundsätze ein, die in der Gerichtsbarkeit des Kapitalismus im allgemeinen nicht angewendet werden. Diese sind die *neuen*, in der sozialistischen Gerichtsbarkeit ausgebildeten und entwickelten Grundsätze der Rechtspflege (z. B. Einheit der Rechtspflege, Grundsatz der Volksteilnahme, Wahl der Richter mit der Berichterstattungspflicht und der Institutionierung der Rückberufungsmöglichkeit).

2. *Ausschließlichkeit der Rechtspflege durch die Gerichte*

„In der Ungarischen Volksrepublik ist die Rechtspflege die Aufgabe der Gerichte.“ Diese lapidare Feststellung des Gesetzes über die Gerichte, §. 1, bringt den Grundsatz zum Ausdruck, daß in den sozialistischen Staaten den Gerichten ein ausschließliches Recht zur Ausübung der Rechtspflege zukommt und die rechtsstreitentscheidende Tätigkeit anderer staatlicher (oder gesellschaftlicher) Organe (Verwaltungsorgane, verschiedene Schiedsgerichte, gesellschaftliche Gerichte) nicht als Rechtspflege im engen Sinn betrachtet werden kann. Das ist ein sehr wesentlicher Grundsatz. Aus der Sicht der Staatsbürger und der sozialistischen Organisationen hat jener Umstand eine garantierte Bedeutung, daß ihre Streitsachen durch ein auf eine höchstdemokratische Weise organisiertes Gerichtsverfahren entschieden werden.

Wenn wir auf die Entwicklung unserer Rechtspflege zurückblicken, fällt uns in die Augen, daß das Geltendmachen dieses Grundsatzes in seinem Umfang Änderungen aufweist: im großen und ganzen wird er immer vollkommener, aber es gab Perioden des Rückfalls (der Einengung). Die Betonung liegt daran, daß in Sachen, die die grundlegenden Rechte und Pflichten der Staatsbürger berühren, der Gerichtsweg jedenfalls offen steht: entweder in der Form, daß in der Sache von vornherein das Gericht verfährt, oder auf die Weise, daß ein Beschluß eines außergerichtlichen Organs zwecks Überprüfung vor das Gericht gebracht werden kann.

Die ungarische Gesetzgebung der letzten Jahre befriedigt immer mehr dieses Erfordernis. Insbesondere war die 1972 verwirklichte Reform der Gerichtsbarkeit bezüglich der Stärkung dieser Tendenz von großer Bedeutung, die durch Schaffung der neuen Gesetze über die Gerichte und Staatsanwaltschaft, sowie durch die Weiterentwicklung der das Gerichtsverfahren regelnden Prozeßordnungen den Gerichtsweg wesentlich erweitert hat.

3. *Einheit der Rechtspflege*

Unsere Verfassung besagt, daß „die Staatsbürger der Ungarischen Volksrepublik vor dem Gesetz gleich sind und gleiche Rechte genießen“ [§. 61 Abs. (1)]. Aus diesem Verfassungssatz der Gleichheit vor dem Gesetz folgt, daß in den sozialistischen Staaten die Rechtspflege sowohl hinsichtlich ihres Klassencharakters, wie auch ihrer Organisation einheitlich ist.

Der Grundsatz der Einheit der Rechtspflege hat einen doppelten Inhalt: es kommen darin die Sätze des einheitlichen Gerichtes und des einheitlichen Rechtes zum Ausdruck.

Infolge des Satzes des *einheitlichen Gerichtes* gibt es im sozialistischen Ungarn weder Gerichte mit privilegiertem Charakter (Privilegien bietende), noch solche, die auf nachteiliger Unterscheidung beruhen (mit Diskriminationscharakter). Die Einheitlichkeit unserer Gerichtsorganisation wird im Gesetz über die Gerichte auf die Weise festgelegt, daß „in

der Sache eines jeden Staatsbürgers dieselben Gerichte verfahren, ohne Hinsicht auf die gesellschaftliche Stellung, oder auf die Nationalität" [§. 6 Abs. (2)].

Der Satz des *einheitlichen Rechtes* bedeutet, daß in der ungarischen Rechtspflege die Regeln des einheitlichen sozialistischen Rechtssystems zur Geltung kommen. Wir haben die Erfordernisse des sozialistischen Demokratismus auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung befriedigt und wir haben sämtliche Rechtsnormen des früheren halbfeudal-kapitalistischen Systems beseitigt, welche den Staatsbürgern aufgrund einer Unterscheidung nach Geschlecht, Religion, Nationalität oder Vermögen, einzelnen Vorteile sicherten, andere dagegen nachteilig behandelten. Aus der Sicht der Rechtsanwendung drückt das Gesetz über die Gerichte das auf die Weise aus, daß „in der Ungarischen Volksrepublik die Gesetze und andere Rechtsnormen für sämtliche Gerichte verpflichtend sind" [§. 6 Abs. (1)].

Die Einheitlichkeit unserer sozialistischen Rechtspflege kommt in höchstem Grade durch das *Oberste Gericht* zum Ausdruck, das einerseits durch seinen Aufbau die *Organisationseinheit* demonstriert (durch das System der Kollegien, das die zum Gerichtsweg gehörenden sämtlichen Sachen umfaßt), andererseits durch seine Tätigkeit die Einheit der *Rechtsanwendung* sichert (durch die über die Urteilstätigkeit der Gerichte ausgeübte prinzipielle Leitung).

4. Die Kollegialgerichtsbarkeit

In den sozialistischen Staaten legen die Verfassungen und die Gesetze über die Gerichte prinzipiell jene Regel fest, daß die Urteilsfällung in einer Kammer erfolgt und nur ausnahmsweise – in den in den Verfahrensgesetzen bestimmten Sachen – kann ein Einzelrichter verfahren.

Die in erster Instanz verhandelnde Gerichtskammer besteht in Ungarn im allgemeinen aus drei Mitgliedern: aus einem Berufsrichter und zwei Volksschöffen. Der Vorsitzende der Kammer ist der Berufsrichter.

In Zivilsachen (die gemäß den Regeln der Zivilprozeßordnung zu beurteilenden familien-, arbeits-, verwaltungs-, genossenschaftsrechtlichen usw. Prozesse inbegriffen) besteht die Kammer I. Instanz immer aus drei Mitgliedern. In Strafsachen urteilt in den im Ges. I. vom Jahre 1973 über das Strafverfahren bestimmten Fällen – also ausnahmsweise – das Komitatsgericht, bzw. das Militärgericht in einer Kammer aus fünf Mitgliedern (zwei Berufsrichtern und drei Volksschöffen).

Das Verfahren II. Instanz wird sowohl in Zivil-, wie auch in Strafsachen ohne Ausnahme vor Kammern aus drei Mitgliedern (ausschließlich aus Berufsrichtern) durchgeführt.

Neben dem System der Kollegialgerichte kommt ausnahmsweise – zwar hinsichtlich der Zahl der Prozesse in ziemlich vielen Sachen – auch die Einzelgerichtsbarkeit zur Geltung. Auf dem Gebiet der *Zivilgerichtsbarkeit* ist das im allgemeinen dann der Fall, wenn das Gericht in einer Sache verhandeln muß, in der grundlegend Rechtsfragen oder nur Verrechnungen (z. B. Vertragsstreite, Schadenersatzsachen) zu beurteilen

sind, bzw. zur Feststellung eines einfachen Sachverhalts keine größere Beweisführung erforderlich ist (z. B. Kindesunterhaltsprozesse). In der *Strafgerichtsbarkeit* verfährt im allgemeinen dann ein Einzelrichter, wenn weder garantierte Gesichtspunkte, noch das Geltendmachen des Demokratismus die Kollegialgerichtsbarkeit erfordern, weil einfacher zu beurteilende Sachen (z. B. Vergehen) oder minder bedeutende Fragen zu entscheiden sind.

5. Die Volksteilnahme

Der Grundsatz der Kollegialgerichtsbarkeit beantwortet die Frage der Personenzahl des verfahrenenden Gerichtes. Der Grundsatz der Volksteilnahme bestimmt die Zusammensetzung des Gerichtes. Der Grundsatz der Kollegialgerichtsbarkeit, den auch der bürgerliche Staat kennt und anwendet, beleuchtet nur den Rahmen der Gerichtsbarkeit. Dieser Grundsatz erhält aber einen sozialistischen *Klasseninhalt* erst durch den Grundsatz der Volksteilnahme.

Der Grundsatz der Volksteilnahme ist eines der wichtigsten Grunderfordernisse der sozialistischen Rechtspflege; durch seine Institutionierung wurde eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiet des Justizwesens verwirklicht.

In unserer Gerichtsbarkeit verkörpert sich der Grundsatz der Volksteilnahme praktisch im *System der Volksschöffen*. Neben den Volksschöffen ist bei den Gerichten der sozialistischen Staaten natürlich auch der Berufsrichter ein Vertreter des werktätigen Volkes. Die Volksschöffen bringen in der Rechtspflege das Rechtsbewußtsein und Gerechtigkeitsgefühl (die sozialistische Gerechtigkeit) des werktätigen Volkes zur Geltung. Durch ihre Lebenserfahrung, durch ihre Kenntnisse auf einzelnen Gebieten der Volkswirtschaft erweitern sie die Kenntnisse des Gerichtes, kräftigen seine Verbindung mit dem täglichen Leben und fördern den Erfolg der Rechtssprechung. Unsere Gerichte verfahren ohne Volksschöffen nur dann, wenn ihre Mitwirkung — in den in den Verfahrensgesetzen bestimmten Fällen — infolge des Charakters der Sache nur formell wäre und so dem Demokratismus nicht dienen würde, (wie darauf auch die Begründung des Gesetzes über die Gerichte hinweist).

Die Volksschöffen haben bei der Urteilsfällung dieselben Rechte und Pflichten, wie die Berufsrichter, aber als Vorsitzender der Kammer (und natürlich auch als Einzelrichter) kann nur der Berufsrichter verfahren. Der Volksschöffe nimmt in der Beurteilung der zum Kollegialgericht gehörenden Sachen in I. Instanz teil.

6. Die Richterwahl

„In der Ungarischen Volksrepublik werden die Richterämter durch Wahl bekleidet.“ Dieser Satz der Verfassung besagt eines der wichtigsten demokratischen Grundprinzipien der sozialistischen Rechtspflege: sowohl die Berufsrichter, wie auch die Volksschöffen erhalten ihr Amt durch Wahl.

Dieser Grundsatz war schon im Text der Verfassung von 1949 enthalten, aber er wurde erst bei der Verfassungsmodifikation von 1972 und dem neuen Gesetz über die Gerichte verwirklicht.

Die Bedingungen der Wahl zum Berufsrichter sind: die Straflosigkeit, die Unbedenklichkeit, die ungarische Staatsbürgerschaft, aktives Wahlrecht, vollendetes 24. Lebensjahr, juristische Universitätsbildung und die Ablegung der juristischen Fachprüfung. Die beiden letzteren Bedingungen sind zur Wahl zum Volksschöffen nicht erforderlich.

Die Berufsrichter werden vom Präsidialrat der Volksrepublik für unbestimmte Zeit gewählt. Das Recht der Kandidierung kommt dem Justizminister zu – zur Wahl des Richters des Obersten Gerichtes aber nur mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtes gemeinsam. Der Präsident des Obersten Gerichtes selbst wird vom Parlament für fünf Jahre, die stellvertretenden Präsidenten vom Präsidialrat für unbestimmte Zeit gewählt.

Die Volksschöffen werden vom zuständigen Rat für eine Zeitdauer von fünf Jahren gewählt (mit Ausnahme der Volksschöffen des Obersten Gerichtes, die vom Präsidialrat der Volksrepublik ebenfalls für fünf Jahre gewählt werden).

Dem Grundsatz der Richterwahl, der auch in einigen kapitalistischen Staaten bekannt ist, verleiht die *Berichterstattungspflicht* der Richter (an das Parlament, bzw. an den entsprechenden Rat oder Exekutivkomitee), sowie die Möglichkeit der *Rückberufung* der Berufsrichter und Volksschöffen seitens des wählenden Organs (z. B. im Falle einer schuldhaften Pflichtverletzung, eines zum Richteramt unwürdigen Verhaltens) einen entschieden sozialistischen Inhalt.

7. Die richterliche Unabhängigkeit

In der Ungarischen Volksrepublik sind die Richter unabhängig und nur den Gesetzen und anderen Rechtsnormen untergeordnet.

Der Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit bedeutet, daß die Berufsrichter und die Volksschöffen während des Gerichtsverfahrens und bei der gerichtlichen Beschlußfassung von jedem äußeren Einfluß frei sind und ihnen niemand, kein staatliches oder anderes Organ, keine amtliche oder Privatperson bezüglich der Entscheidung einer konkreten Straf- oder Zivilsache irgendeine Weisung geben kann.

Die Berufsrichter und Volksschöffen sind durch ein gesetzliches Verbot gegen jede äußere Beeinflussung geschützt. Während ihrer richterlichen Tätigkeit sind die Berufsrichter und die Volksschöffen *nur den Rechtsnormen* unterworfen: bei der Beurteilung der vor ihnen verhandelten Sachen folgen sie neben den Vorschriften der Rechtsnormen *ihrer eigenen Überzeugung und dem sozialistischen Rechtsbewußtsein*.

Die *wahren Bedingungen* der richterlichen Unabhängigkeit können nur durch den Sozialismus verwirklicht werden. Die Staatsgewalt des werktätigen Volkes und das gesellschaftliche Eigentum der Produktionsmittel bieten eine reelle Grundlage der richterlichen Unabhängigkeit. Die *rechtlichen Garantien* sind die Regelung der *Unvereinbarkeit* der

Richter, das rechtlich geregelte System der *Wahl*, der *Rückberufung*, der *disziplinären Verantwortung*, der *Enthebung* und des *Ausschlusses* aus der Erledigung der Sache sowie das *Immunitätsrecht* der Berufsrichter und der Volksschöffen.

8. Die Öffentlichkeit

Die Verhandlungen der Gerichte sind – abgesehen von den gesetzlich festgelegten Ausnahmen – öffentlich. Infolge des Grundsatzes der Öffentlichkeit werden auf der Verhandlung sämtliche Verfahrenshandlungen – mit Ausnahme der geschlossenen Beratung des Gerichtes zwecks Beschlußfassung – öffentlich durchgeführt. Jeder kann auf der Verhandlung erscheinen, nicht nur die Parteien und die Personen, die im Verfahren eine Rolle spielen.

Das Geltendmachen des Grundsatzes der Öffentlichkeit in der Gerichtsbarkeit dient einem doppelten Zweck: einerseits wird dadurch ermöglicht, daß das Recht der *Volkskontrolle* auch durch das Erscheinen an der Gerichtsverhandlung verwirklicht wird, andererseits wird die Vorbedingung geschaffen, daß das Gericht an der Verhandlung seine *Erziehungsaufgabe* erfüllen kann. Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen erhöht stark das Verantwortungsgefühl der Berufsrichter, der Volksschöffen, der Staatsanwälte und der Rechtsanwälte.

Das Gesetz läßt die Ausschließung der Öffentlichkeit nur in streng umgrenzten wichtigen Gründen (Staatsgeheimnis, Dienstgeheimnis, Wahrung eines Betriebsgeheimnisses, volkswirtschaftliches Interesse oder moralische Ursache) zu. Die Verkündung der auf der Verhandlung erbrachten Beschlüsse erfolgt aber auch in diesen Fällen im allgemeinen öffentlich.

9. Die Mündlichkeit

Zur Zeit der bürgerlichen Revolutionen und danach erkämpfte die Bourgeoisie das der kapitalistischen Entwicklung besser dienende mündliche Verfahren neben dem gleichzeitigen Geltendmachen der Öffentlichkeit und der Unmittelbarkeit. Im Zeitalter des Monopolkapitalismus, als das Rechtspflegesystem des imperialistischen Staates die Klasseninteressen des Finanzkapitals roher zum Ausdruck bringt, werden in der bürgerlichen Rechtswissenschaft jene Anschauungen immer lauter, die die „Nachteiligkeit“ der Mündlichkeit verkünden und die Ausdehnung der Schriftlichkeit verlangen. Die sozialistische Rechtspflege stellt die Rechte des demokratischen Grundsatzes der Mündlichkeit wieder her und unterstützt ihn mit wirksamen Garantien.

In unserer Rechtspflege ist für den Kontakt der Teilnehmer des Verfahrens untereinander und mit dem Gericht die mündliche Form kennzeichnend. Dabei hat die Schriftlichkeit einzelner Verfahrenshandlungen (z. B. Protokoll, Urteil) nur einen Aushilfscharakter, obwohl ihre Wichtigkeit an sich unzweifelhaft ist – unter anderen z. B. hinsichtlich des Berufungsverfahrens. Die schriftliche Form erscheint aber auch in diesen Fällen neben der mündlichen Form und dient der genauen Festlegung

der Verhandlungshandlungen. Als Grundlage des entscheidenden Beschlusses des Gerichtes kann nur ein auf der Verhandlung mündlich vortragenes oder mitgeteiltes Material dienen.

Neben der allgemeinen Geltung der Mündlichkeit läßt aber die Rechtsnorm — aus Zweckmäßigkeitsgründen — ausnahmsweise auch die Schriftlichkeit zu. Das ist die Lage z. B. bei der schriftlichen Vorbereitung der Verhandlung der Zivilprozesse.

Die Funktion des Grundsatzes der Mündlichkeit im Prozeß ist hinsichtlich der Erziehungsaufgabe des Gerichtes und des Rechtes der Volkskontrolle ähnlich der Öffentlichkeit. Das mündliche Verfahren erleichtert außerdem dem Gericht die Aufdeckung der wahren Verhältnisse der Parteien, der persönlichen Umstände der Teilnehmer, die Feststellung der Wahrheit. Hinsichtlich der Verfahrensteilnehmer ist die Mündlichkeit eine Garantie gegen die Verzögerung des Prozesses und erleichtert das Verständnis des Verhandlungsmaterials.

10. Die Unmittelbarkeit

Auch der Grundsatz der Unmittelbarkeit dient der besseren Lösung der Aufgaben der Rechtspflege. Das Gericht muß die zur Beurteilung eines Zivilrechtsstreites und zur Entscheidung der Frage der strafrechtlichen Verantwortung erforderlichen Kenntnisse aus ursprünglichen Quellen, unmittelbar — und nicht aus zweiter Hand — erwerben. Das Gericht kann die richtige Bewertung der Vorträge der Verfahrensteilnehmer und der Beweise, die wahrheitsgemäße Aufdeckung des Sachverhaltes nur aufgrund von persönlichen, unmittelbaren Eindrücken durchführen.

Im System der Unmittelbarkeit hört das urteilende Gericht selbst auf der Verhandlung die Parteien, die Zeugen, die Sachverständigen an, es untersucht selbst die Beweise usw. Das Urteil (der entscheidende Beschluß) muß auf einem vom Gericht unmittelbar wahrgenommenen Material beruhen.

Die Unmittelbarkeit ist einer der demokratischen Grundsätze des Gerichtsverfahrens: es ist darin nicht nur das Recht und die Pflicht des Gerichtes bezüglich der unmittelbaren Wahrnehmung des Prozeßmaterials enthalten, sondern auch das Recht der Parteien, ihre Vorträge persönlich unmittelbar vor dem im Prozeß urteilenden Gericht abhalten zu können.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen (Schnelligkeit, Kosteneinsparung usw.) läßt die Rechtsnorm in gewissen Fällen eine Ausnahme von dem allgemein geltenden Grundsatz der Unmittelbarkeit zu und ermöglicht das mittelbare Beweisverfahren (durch den Vorsitzenden, den delegierten Richter oder ein ersuchtes Gericht). Das Ergebnis der Beweisführung muß auch in diesem Fall immer mündlich auf der Verhandlung mitgeteilt werden.

Der Sicherung des Geltendmachens der Unmittelbarkeit dient das Erfordernis der *Kontinuität der Verhandlung*, demzufolge die Gerichtsverhandlung in jeder Sache womöglich ohne Unterbrechung an einem

Tage abgehalten und beendet werden muß. Wenn die Sache an der ersten Verhandlung nicht entschieden werden kann, muß an der fortsetzungsweisen Verhandlung womöglich das Erfordernis der *unveränderten Zusammensetzung* des Gerichtes (der verfahrenen Kammer) zur Geltung kommen. Diese zwei Erfordernisse werden mit einer etwas abweichenden Lösung in der Zivilprozeßordnung und im Gesetz über das Strafverfahren zur Geltung gebracht.

11. Rechtsmittelberechtigung

Eine wichtige Garantie des restlosen Geltendmachens der sozialistischen Gesetzlichkeit ist bei der Gerichtsbarkeit die Rechtsmittelberechtigung. Das bedeutet, daß die Parteien und andere interessierte Personen, sowie der Staatsanwalt den erstinstanzlichen Gerichtsbeschuß mit gesetzlichen Mitteln im allgemeinen anfechten und seine Überprüfung beantragen können. Die häufigste Form des *Rechtsmittels* mit dem Ziel der Überprüfung ist die *Berufung*. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, kann jedes erstinstanzliche (nicht rechtskräftige) Urteil mit einer Berufung angefochten werden. Auf dem Gebiet der Beschlüsse gibt es schon mehrere, wo der in der Rechtsmittelberechtigung verborgene garantielle Charakter keine Bedeutung hat und deshalb — in den im Gesetz festgelegten Fällen — dagegen keine Berufung eingelegt werden kann.

Die Rechtsmittelberechtigung in weiterem Sinn bedeutet nicht nur die Anfechtbarkeit der noch nicht rechtskräftigen Gerichtsbeschlüsse, sondern sie erstreckt sich auch auf Fälle, wo — unter den in der Rechtsnorm festgelegten Bedingungen — auch die Überprüfung eines schon rechtskräftigen Gerichtsbeschlusses beantragt werden kann. Diesem Ziel dient das unter dem Namen *Wiederaufnahme des Verfahrens* bekannte außerordentliche Rechtsmittel, sowie auch der *Einspruch zur Wahrung der Gesetzlichkeit*, dieses charakteristische Rechtsmittel der sozialistischen Gerichtsbarkeit.

Einen Einspruch zur Wahrung der Gesetzlichkeit kann der Präsident des Obersten Gerichtes und der Oberste Staatsanwalt gegen einen gesetzverletzenden oder unbegründeten Gerichtsbeschuß (rechtskräftiges Urteil und Beschuß) einlegen. Der Einspruch zur Wahrung der Gesetzlichkeit wird vom Obersten Gericht beurteilt. Der Einspruch zur Wahrung der Gesetzlichkeit ist ein zur Sicherung der Gesetzlichkeit der Gerichtsbarkeit und der Einheit der Rechtsanwendung berufenes Aufsichtsmittel. Das ist die Erklärung dafür, daß das Gesetz — abweichend von den Regeln bezüglich der Berufung und der Wiederaufnahme — zu seiner Inanspruchnahme nicht die im konkreten Fall interessierten Parteien, sondern auf dem Gebiet der Sicherung der Geltung der Rechtsnormen über eine besondere Verantwortung und Kompetent verfügende hochgestellte Staatsbeamte berechtigt sind. In den meisten Fällen leitet aber der Präsident des Obersten Gerichtes oder der Oberste Staatsanwalt das Verfahren zur Wahrung der Gesetzlichkeit aufgrund einer von den interessierten Parteien (ihren Vertretern) ausgehenden Initiative (Gesetzlichkeitsbeschwerde) ein.

12. *Sicherung des Gebrauchs der Muttersprache*

Ein Aspekt der in den Verfassungssätzen festgelegten Menschenrechte über die Rechtsgleichheit der Staatsbürger und die nationale Gleichberechtigung in der Rechtspflege ist in den sozialistischen Staaten die Sicherung des Gebrauchs der nationalen Sprache bzw. der Muttersprache. Das ungarische Gesetz über die Gerichte stellt fest, daß die Sprache des Gerichtsverfahrens ungarisch ist, aber niemand wegen Nichtwissens der ungarischen Sprache benachteiligt werden kann und jeder im Gerichtsverfahren seine Muttersprache gebrauchen darf.

Dieser Grundsatz hat in erster Linie vom Gesichtspunkt der in Ungarn lebenden *Nationalitäten* eine große Bedeutung, ist aber nicht ausschließlich auf sie beschränkt: das Recht des Gebrauchs der Muttersprache kommt jedem, also auch den *ausländischen* Staatsbürgern zu. Das Gesetz vom Jahre 1972 über die Gerichte hat sogar jene frühere milde Einschränkung aufgehoben, wonach nur ungarisch nicht sprechende Personen zum Gebrauch der Muttersprache im Gerichtsverfahren berechtigt waren.

Das Recht des Gebrauchs der Muttersprache bezieht sich nicht nur auf den mündlichen Verkehr mit dem Gericht, sondern es erstreckt sich auch auf die schriftlichen Eingaben der berührten Person, die ebenfalls in der Muttersprache vorgelegt werden können.

Das Gesetz sichert auch die *materiellen Bedingungen* des Rechts des Gebrauchs der Muttersprache, in solchen Fällen werden nämlich die Kosten im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme eines Dolmetschers und der Übersetzung vorgeschossen.

Der garantierte Charakter des Grundsatzes des Gebrauchs der Muttersprache ist im Strafverfahren durch jene Regel noch erhöht hervorgehoben, wonach im Verfahren die Teilnahme eines Verteidigers vorgeschrieben ist, wenn der Angeklagte die ungarische Sprache nicht beherrscht. Wenn also in diesem Fall der Angeklagte keinen ermächtigten Verteidiger hat, muß unverzüglich für der Bestellung eines Verteidigers gesorgt werden.

13. *Recht zur Verteidigung und zur Vertretung*

Das Recht zur Verteidigung und zur Vertretung, als Grundsatz der sozialistischen Rechtspflege, dient zur institutionellen Sicherung, daß im Gerichtsverfahren (und im Zusammenhang damit in anderen behördlichen Verfahren) die betroffenen Parteien die Hilfe einer anderen Person (im allgemeinen eines fachgebildeten Juristen) in Anspruch nehmen können.

Unsere Verfassung besagt, daß den unter einem Strafverfahren stehenden Personen in jedem Abschnitt des Verfahrens das *Recht der Verteidigung* zukommt. Aufgrund des Rechtes der Verteidigung ist das Gericht verpflichtet, alle jene Rechtsnormen zur Geltung kommen zu lassen, die es ermöglichen, daß sich der Angeklagte *selbst* gegen die gegen ihn erhobene Anklage *verteidigen* kann, andererseits zu diesem Zweck die Mitwirkung

eines *Verteidigers* in Anspruch nehmen kann. Mit Hinsicht auf diesen doppelten Inhalt des Rechtes der Verteidigung ergänzt das Gesetz über die Gerichte den Satz der Verfassung mit der Regel, daß dem Angeklagten auch das Recht der *Verteidigerwahl* zukommt.

Im Strafverfahren besorgt die Verteidigung als *bestellter Verteidiger* immer, *aufgrund einer Ermächtigung* in der Mehrzahl der Fälle ein *Rechtsanwalt*, im letzteren Fall kann aber — in den im Gesetz festgelegten Fällen — auch der gesetzliche Vertreter, volljährige Angehörige usw. des Angeklagten als Verteidiger vorgehen.

Das Recht zur Vertretung bedeutet nach der Definition des Gesetzes über die Gerichte, daß die Partei oder die interessierte Person während des Gerichtsverfahrens — zwecks Geltendmachens ihrer Rechte — auf die im Gesetz bestimmte Weise einen Vertreter beauftragen kann. Unsere früheren Rechtsnormen haben das als Grundsatz noch nicht festgelegt.

Der Vertreter kann im Strafverfahren in der Förderung des Geltendmachens der Rechte des Geschädigten, des Privatklägers, der Zivilpartei und anderer Interessenten eine große Rolle spielen, aber noch bedeutender ist die Rolle, die er im *Zivilverfahren* spielt. Der Vertreter verfährt im Gerichtsverfahren anstatt und im Namen des Vertretenen und aufgrund seiner Tätigkeit wird sein Auftraggeber der Berechtigte bzw. Verpflichtete.

Aufgrund des Rechtes zur Vertretung beauftragen die betroffenen Personen durch eine *Ermächtigung* mit dem Schutz ihrer Interessen den Vertreter.

Im Gerichtsverfahren kann im allgemeinen jeder persönlich verfahren und ist nicht verpflichtet sich mit einer ermächtigten Person vertreten zu lassen. Das Recht zur Vertretung ist eben ein *Recht* und keine Pflicht. Dieser Standpunkt ist von einer besonderen Bedeutung in der sozialistischen Rechtspflege, welche für die interessierten Personen sowohl im Straf-, wie auch im Zivilverfahren das *persönliche Auftreten* ermöglicht.

Eine allgemein bekannte antisoziale Bestimmung des bürgerlichen ungarischen Rechtssystems war jene, die in einem bedeutenden Teil der Zivilprozesse die Rechtsanwaltvertretung verpflichtend machte und dadurch von vornherein den materiell schwächeren Parteien das Geltendmachen ihrer Rechte bzw. die Verteidigung im Prozeß erschwerte. Das sozialistische ungarische Recht beseitigte diesen *Advokatenzwang*: die Parteien können jetzt in jedem Zivilprozeß, vor jedem Gericht, in jedem Verfahrensabschnitt auch persönlich vorgehen. Das bedeutet natürlich keineswegs die institutionelle Herabsetzung der Rechtsanwälte im Zivilverfahren, denn sie werden auch jetzt häufig in Anspruch genommen, aber das ist nicht obligatorisch.

Das Recht der Vertretung wird durch jene Regel noch erweitert, wonach unter bestimmten Bedingungen auch der am Arbeitsort des Werk tätigen angestellte *Justitiar* die Prozeßvertretung des Werk tätigen besorgen kann; der Justitiar kann in diesem Fall höchstens den halben Betrag des nach der Gebührenordnung der Rechtsanwälte fälligen Ho-

norars aufrechnen. Jene Partei aber, der im Zivilprozeß mit Hinsicht auf ihre materiellen Verhältnisse oder auf den Charakter der Sache eine Gebührenfreiheit zukommt, kann beim Gericht die Bestellung eines kostenlos verfahrenenden *Armenanwaltes* beantragen.

Die Errichtung des *gewerkschaftlichen Rechtshilfedienstes* im Jahre 1974 schuf weitere Garantien zum reellen Geltendmachen des Rechtes zur Vertretung. Dadurch erhalten die Werktätigen der Unternehmen und der Genossenschaften in jeder Rechtssache (die Prozesse vor dem Gericht inbegriffen) eine kostenlose Rechtshilfe (Rechtsvertretung).

III. Gerichtssystem der Ungarischen Volksrepublik

1. Arten der Gerichte

Unsere Verfassung zählt die zur Ausübung der Gerichtsbarkeit berufenen Gerichte auf. Diese sind: das Oberste Gericht der Ungarischen Volksrepublik, die Komitatsgerichte und die Amtsgerichte. Die Verfassung fügt zu dieser Aufzählung hinzu, daß ein Gesetz die Errichtung von Sondergerichten für bestimmte Gruppen der Sachen verfügen kann.

Schon diese Lösung der Textkonstruktion der Verfassung zeigt, daß in Ungarn mehrere Gerichte tätig sind, die nach verschiedenen Gesichtspunkten gruppiert werden können.

Vor allem fällt es in die Augen, daß es Gerichte gibt, die im allgemeinen alle Sachen beurteilen können, die zum Gerichtsweg gehören. Diese sind die sog. *allgemeinen Gerichte*, von deren allgemeinen Charakter eben jene Sachen eine Ausnahme machen, die das Gesetz der Zuständigkeit der allgemeinen Gerichte entzieht und vor andere Gerichte, sog. *Sondergerichte* weist (horizontale Aufteilung). Als allgemeine Gerichte funktionieren in Ungarn die Amtsgerichte, die Komitatsgerichte und das Oberste Gericht, d. h. alle jene Gerichte, die in der Verfassung genannt sind. Ähnlicherweise sind gemäß den ausführlicheren Bestimmungen des Gesetzes über die Gerichte allgemeine Gerichte das in Budapest in der Kompetenz eines Komitatsgerichtes verfahrenende Hauptstadtische Gericht und die in amtsgerichtlicher Kompetenz verfahrenenden Bezirksgerichte, sowie die in einzelnen anderen Städten ebenfalls in amtsgerichtlicher Kompetenz verfahrenenden Städtischen Gerichte.

Für zwei Sachengruppen, die nicht vor die allgemeinen Gerichte gehören, bestimmte das Gesetz die Errichtung von Sondergerichten. Solche Sondergerichte sind in Ungarn die Arbeitsgerichte und die Militärgerichte (s. Abb. 1).

Auch die Sondergerichte gehören in die einheitliche Gerichtsorganisation der Ungarischen Volksrepublik, aber sie sind in einer von den allgemeinen Gerichten abweichenden Weise organisiert. Sogar diese organisatorische Absonderung hört aber im Laufe der Berufungsgerichtsbarkeit und des Gesetzlichkeitsverwahrungsverfahrens auf, als nämlich die beim Sondergericht eingeleitete Sache zum allgemeinen Gericht kommt: zum Komitatsgericht oder zum Obersten Gericht.

Entsprechend dem Grundsatz der Einheit der sozialistischen Rechtspflege urteilen die allgemeinen Gerichte sowohl in Zivil-, wie auch in Strafsachen. In der Ungarischen Volksrepublik gibt es keine Straogerichte mit einer besonderen Organisation, wie im bürgerlichen Ungarn, das den Grundsatz der Einheit der Rechtspflege nicht kannte. Der Charakter gewisser Arten der Sachen erfordert natürlich gewisse Fachkenntnisse (z. B. Vermögenssachen, Sachen der sozialen Versicherung, Familiensachen, Wohnungssachen usw.). Der sozialistische Staat erfüllt aber das Erfordernis der fachgemäßen Rechtssprechung nicht so, daß durch die Errichtung verschiedener Spezialgerichte die Gerichtsorganisation aufgeteilt wird, sondern es wird eine *innere Spezialisierung* im Rahmen der einzelnen allgemeinen Gerichte verwirklicht. Dieser Konzeption entsprechend sind bei einzelnen Gerichten mit größerem Sachverkehrspezialisierte Gerichtskammern tätig.

Abweichend von den allgemeinen Gerichten können die Sondergerichte nicht in allen zum Gerichtsweg gehörenden Sachen verfahren, sondern ihre Urteilsberechtigung erstreckt sich von den beiden Hauptsachengruppen (Zivil- und Strafsachen) nur auf eine, und auch in diesem Rahmen nur auf bestimmte Sachen. Es gehören vor die Arbeitsgerichte die Arbeitsrechtsstreite, vor die Militärgerichte aber die Militärstrafsachen. Das Militärgericht kann natürlich — ebenso wie das allgemeine Gericht im Strafverfahren — auch den Zivilanspruch (z. B. die Schadenersatzforderung wegen eines durch das Delikt verursachten Schadens) beurteilen.

Die Gruppierung unserer Gerichte nach einem anderen (vertikalen) Gesichtspunkt geht davon aus, in welchem Verhältnis innerhalb des Gerichtssystems der Ungarischen Volksrepublik die einzelnen Gerichte aufgrund ihrer *Zuständigkeit* zueinander stehen. Im Rahmen der Gerichtshierarchie kann die Zuständigkeit erstinstanzlich, zweitinstanzlich (berufungsinstanztlich), Revisions- und gemischtinstanzlich sein.

In der Ungarischen Volksrepublik verfügt über eine ausschließlich erstinstanzliche Zuständigkeit das Amtsgericht, das Arbeitsgericht und das Militärgericht. Diese Gerichte verfahren niemals in zweiter Instanz; ihr Verfahren wird auch dann als erstinstanzlich qualifiziert und gegen ihr Urteil kann im allgemeinen auch dann Berufung eingelegt werden, wenn sie den Beschluß eines vorher vorgegangenen anderen (z. B. Sozialversicherungs-) Organs überprüfen.

Rein zweitinstanzliches Gericht (d. h. solches, das nur Berufungen beurteilt) gibt es in Ungarn nicht. Das Komitatsgericht hat eine gemischte Zuständigkeit (erst- und zweitinstanzliche), das laut der Verfahrensgesetze gewisse Sachen in erster Instanz entscheidet, sonst aber — und das ist der größere Teil seiner Arbeit — in zweiter Instanz in Sachen urteilt, gegen die beim Amtsgericht oder beim Arbeitsgericht Berufung eingelegt wurde.

In noch weiterem Kreis ist die Zuständigkeit des Obersten Gerichtes von einem gemischten Charakter: in gewissen Sachen urteilt es in erster Instanz, es hat auch eine zweitinstanzliche Zuständigkeit und sämt-

liche Revisions- (Gesetzlichkeitsverwahrungs-) Verfahren im Zusammenhang mit den Rechtskräftigen Beschlüssen aller Gerichte des Landes gehören vor das Oberste Gericht.

Der Präsidialrat der Volksrepublik ist zur Organisierung, zur Zusammenziehung, zur Aufhebung und zur Feststellung des Zuständigkeitsgebietes der Gerichte berechtigt. Das Zuständigkeitsgebiet der Gerichte stimmt im allgemeinen mit der Gebietseinteilung der Staatsverwaltung überein. Diese Regel kommt bei den Komitatsgerichte hundertprozentig zur Geltung. Im Falle der Amtsgerichte (Bezirksgerichte, städtische Gerichte) erfordern manchmal Zweckmäßigkeitsgründe die Abweichung von den Verwaltungsgebietsgrenzen (z. B. in Form von einem Amtsgericht mit einer Zuständigkeit für mehrere Bezirke oder auch auf eine Stadt).

2. Die Amtsgerichte

Die Grundeinheit der ungarischen Gerichtsorganisation ist das Amtsgericht. (Auf amtsgerichtlicher Ebene funktionieren – wie erwähnt – in Budapest die Bezirksgerichte und in einzelnen Provinzstädten die Städtischen Gerichte.)

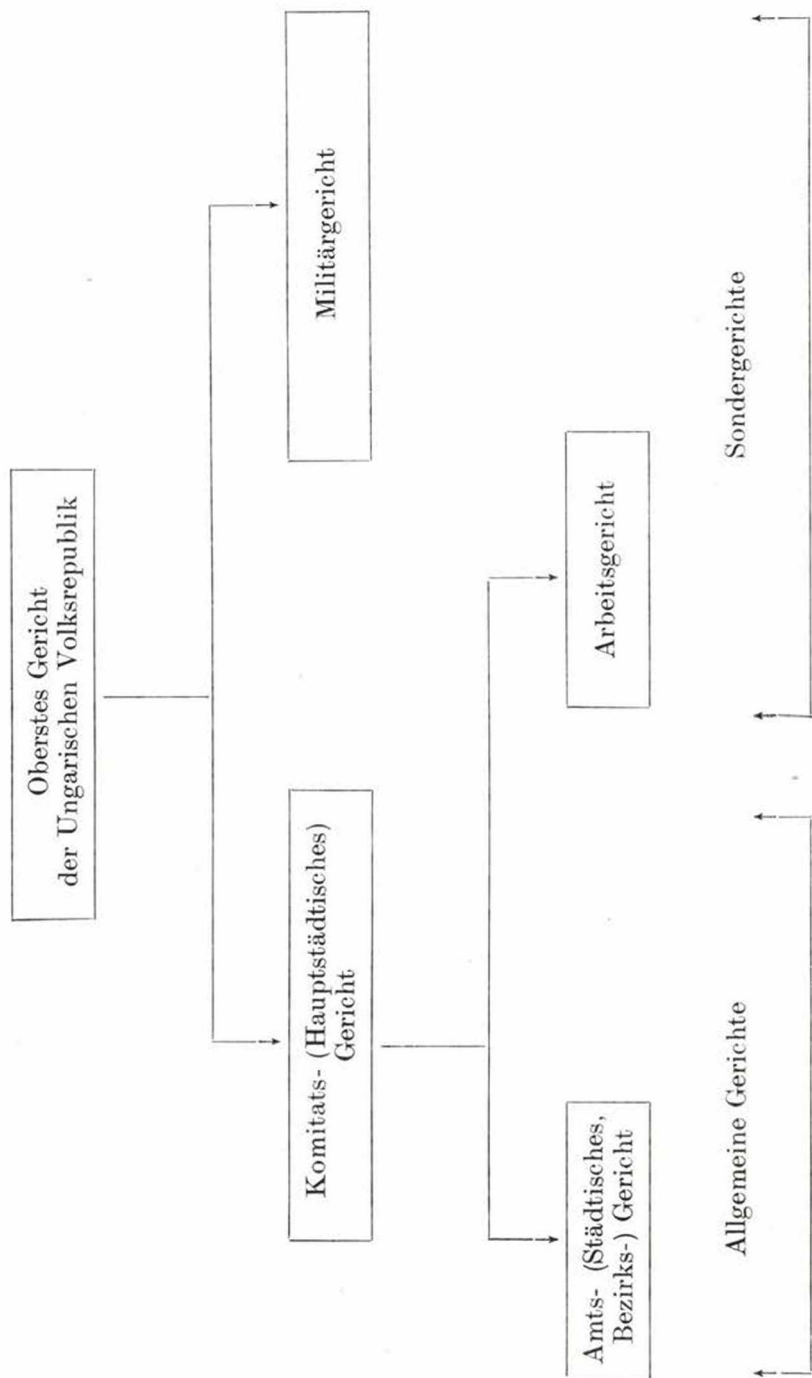
Das Amtsgericht ist ein *Gericht mit allgemeiner Zuständigkeit*. Das bedeutet, daß in der Gerichtsorganisation der Ungarischen Volksrepublik auf die Frage der Zuständigkeit (d. h. auf die Frage, welches Gericht in einer Sache in erster Instanz zu verfahren berechtigt ist) die allgemeine Antwort folgenderweise lautet: in jeder Sache verfährt in erster Instanz das Amtsgericht, wenn das Gesetz die Sache nicht ausgesprochen vor ein anderes Gericht weist.

Als Ergebnis dieser Regelung wird der größte Teil der zum Gerichtsweg gehörenden Sachen (durchschnittlich etwa 99% der Strafsachen und auch die überwiegende Mehrheit der Zivilsachen) bei den Amtsgerichten eingeleitet.

Diese Situation ist das Ergebnis jener demokratischen Maßnahme, die in der Anfangsperiode der sozialistischen Umgestaltung durch die radikale Abänderung der früheren Zuständigkeitsverteilung unter den Gerichten durchgeführt wurde. Im bürgerlichen ungarischen Rechtssystem hatten nämlich nicht die Amtsgerichte, sondern die mit den heutigen Komitatsgerichten auf gleicher Ebene gestandenen Gerichtshöfe eine allgemeine Zuständigkeit. Das war unter den damaligen Verkehrsverhältnissen, beim Advokatenzwang usw. offensichtlich nachteilig vom Gesichtspunkt der Werktätigen.

Das Amtsgericht ist das zur Bevölkerung am nächsten stehende Kettenglied der Gerichtsorganisation, bei dem zugleich auch der Volkscharakter in erhöhtem Maße betont ist: es hält von den Volksvertretungs- und Selbstverwaltungsorganen eben mit den durch unmittelbare Wahl gebildeten örtlichen Räten eine Verbindung und in der Rechtsprechung – falls es als Kollegialgericht verfährt – nehmen immer die Volksschöffen teil.

1. Gerichtssystem der Ungarischen Volksrepublik



Der Leiter des Amtsgerichtes ist der *Präsident*, der neben der Ausführung dieser Arbeit auch regelmäßig an der richterlichen Tätigkeit teilnimmt; er wird in seiner Leitungstätigkeit vom stellvertretenden Präsidenten unterstützt. Außer ihnen sind am Amtsgericht Berufsrichter (an den Amtsgerichten mit großem Sachverkehr auch Berufsrichter, die die Aufgaben eines Gruppenleiters besorgen) und Volksschöffen tätig.

3. Das Komitatsgericht

Auf der zweiten Stufe der ungarischen Gerichtsorganisation befindet sich das Komitatsgericht (in Budapest das Hauptstädtische Gericht).

Das wichtigste Kennzeichen des Komitatsgerichtes ist die *zweinstanzliche Zuständigkeit*: es beurteilt die gegen die Beschlüsse des Amtsgerichtes und des Arbeitsgerichtes eingelegten Berufungen. Daneben verfährt es ausnahmsweise auch in *erster Instanz* in jenen Sachen von größerer Bedeutung oder, die hinsichtlich der rechtlichen Beurteilung komplizierter sind, welche die Rechtsnorm ausdrücklich vor die Komitatsgerichte zur erstinstanzlichen Beurteilung weist. Unter diesen kommen nur in geringer Zahl Sachen der Staatsbürger („physischen Personen“) vor. Die überwiegende Mehrheit der in die erstinstanzliche Zuständigkeit der Komitatsgerichte gewiesenen Sachen machen die Rechtsstreite der Unternehmen, Genossenschaften, usw. (der sozialistischen Organisationen) untereinander, die sog. Wirtschaftsprozesse aus. Diese Prozesse kamen im Laufe der Durchführung der Gerichtsreform vom Jahre 1972 – gleichzeitig mit dem Aufhören der früheren wirtschaftlichen Schlichtungskommissionen – auf den Gerichtsweg.

Von jenen Zivilsachen, in denen im allgemeinen als Kläger Staatsbürger auftreten, gehören in die erstinstanzliche Zuständigkeit der Komitatsgerichte die Prozesse im Zusammenhang mit dem Urheberrecht, mit dem Gewerberechtsschutz (Patente), die Presseberichtigungsprozesse usw. Mit Hinsicht auf den Betrag der Forderung gehören in die Zuständigkeit des Komitatsgerichtes jene Vermögensprozesse, deren Gegenstandswert 1 000 000 Ft überschreitet.

Von den Strafsachen verfährt das Komitatsgericht in erster Instanz – mit Ausnahme der Aufwiegelung – in Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates, gegen den Frieden und gegen die Menschheit, in Verbrechen der Verletzung des Staatsgeheimnisses, der Falschmünzerei, der Tötung usw. und in den Verbrechen, für welche das Gesetz die Todesstrafe ermöglicht.

Auf den Komitatsgerichten funktionieren *Kollegien*. Das Kollegium ist die Körperschaft der in denselben Sachengruppen urteilenden Berufsrichter; die Volksschöffen sind nicht Mitglieder der Kollegien der Komitatsgerichte. Das Kollegium selbst ist auch kein urteilendes Organ (die Rechtssprechung erfolgt in Kammern und durch Einzelrichter), sondern seine Aufgabe ist, im Interesse der Sicherung der einheitlichen Gerichtspraxis die Praxis der auf dem Gebiet des Komitatsgerichtes tätigen Gerichte zu kontrollieren, in streitigen Rechtsanwendungsfragen seine

Meinung zu äußern, die Gerichtspraxis zu bewerten und wenn notwendig, eine entsprechende grundsätzliche Leitungsmaßnahme zu initiieren (z. B. die Herausgabe einer Stellungnahme des Obersten Gerichtes). Das Gesetz verfügt die Aufstellung eines Straf-, Zivil- und Wirtschaftskollegiums bei den Komitatsgerichten. Bei den Komitatsgerichten mit geringerem Verkehr können Kollegien auch zusammengezogen funktionieren.

Die Disziplinarsachen der auf dem Gebiet des Komitatsgerichtes tätigen Richter werden von einem am Komitatsgericht organisierten *Disziplinarrat* behandelt (s. Abb. 2).

Auf dem Komitatsgericht urteilen neben dem Präsidenten stellvertretende Präsidenten, Vorsitzende der Kammer, Berufsrichter und Volksschöffen. Der Präsident und seine Vertreter besorgen daneben auch Leitungsaufgaben – und zwar nicht nur in bezug des Komitatsgerichtes. Der Präsident des Komitatsgerichtes übt über die allgemeine Tätigkeit der auf dem Gebiet des Komitatsgerichtes tätigen Amtsgerichte eine Aufsicht aus; die Aufsicht bedeutet die Leitung der Justizverwaltungstätigkeit, die Besorgung der Personal-, Wirtschafts- und Finanzaufgaben und die Verfolgung der Urteilstätigkeit mit Aufmerksamkeit.

4. Das Arbeitsgericht

Die Arbeitsgerichte sind parallel zu den Komitatsgerichten an den Komitatsgerichtssitzen (bzw. in Budapest als Hauptstädtisches Arbeitsgericht) organisiert. Diese Parallelität besteht aber nur in Hinsicht auf das Gebiet – und in diesem Zusammenhang auf die gebietliche Zuständigkeit –, hinsichtlich der sachlichen Zuständigkeit aber keineswegs.

Das Arbeitsgericht verfährt ausschließlich in *erster Instanz*. Das bedeutet natürlich nicht, daß dem Verfahren des Arbeitsgerichtes kein anderes Verfahren vorangeht, sondern nur, daß es als Gericht ausschließlich in erster Instanz urteilt. Ein Großteil der vor das Arbeitsgericht gehörenden Sachen ist eben eine solche, in der ein anderes Organ (Schlichtungsausschuß usw.) schon vorgegangen ist. Das Arbeitsgericht befaßt sich in der Mehrzahl der Fälle mit der Überprüfung eines früher gefaßten Beschlusses, aber es fällt seinen diesbezüglichen Beschluß als erstinstanzliches Gericht, gegen dessen Entscheidung in bestimmten Fällen eine Berufung zum Komitatsgericht eingelegt werden kann. Das Arbeitsgericht beurteilt im Rahmen seiner Zuständigkeit

- die gegen den Beschluß des Arbeitsschlichtungsausschusses, bzw. des dienstlichen Vorgesetzten, sowie gegen den Beschluß der Schlichtungskommission der Genossenschaft und der Generalversammlung in Arbeitsstreiten der Angestellten der Genossenschaft eingereichten Klagen;

- verfährt in den Arbeitsstreiten, die aufgrund einer Rechtsnormverfügung unmittelbar vor das Arbeitsgericht vorgelegt werden können oder welche eine Rechtsnorm in seine Zuständigkeit weist;

- entscheidet bezüglich des sog. Antrags zur Einleitung eines neuen Verfahrens;

– verfährt bei einem Einspruch des Staatsanwaltes gegen den rechtskräftigen Beschluß der Schlichtungskommission (des Dienstvorgesetzten, der Generalversammlung).

Auf dem Arbeitsgericht sind ein Vorsitzender, Berufsrichter und Volksschöffen tätig.

Der Charakter der Arbeitsstreite erfordert, daß in diesen Sachen die Kollegialgerichtsbarkeit und die Volksteilnahme uneingeschränkt zur Geltung kommt: das Arbeitsgericht verfährt immer in einer aus einem Berufsrichter und zwei Volksschöffen bestehenden Kammer.

Der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes besorgt neben den Leitungsaufgaben die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Auftrag und Rückberufung der Vorsitzenden und Stellvertreter der auf dem Gebiet des Komitates funktionierenden Arbeitsschlichtungskommissionen, nimmt in der Arbeit des Komitatsarbeitsausschusses teil und hält die Verbindung mit dem Arbeitskollegium des Komitatsgerichtes.

Die Arbeitsgerichte wurden durch die Gerichtsreform vom Jahre 1972 anstelle der bisher tätigen gebietlichen Arbeitsschlichtungskommissionen errichtet. Das war ein bedeutender Schritt auf dem Wege der Weiterentwicklung des Demokratismus unserer Rechtspflege, weil auf diese Weise vor jedem Arbeitsrechtsstreit der Gerichtsweg sich eröffnet hat, der erhöhte Gesetzlichkeitsgarantien sichert.

5. Das Militärgericht

Die Militärgerichte, die in einigen größeren Garnisonen und bei höheren Militäreinheiten funktionieren, sind erstinstanzliche Gerichte mit allgemeiner Zuständigkeit.

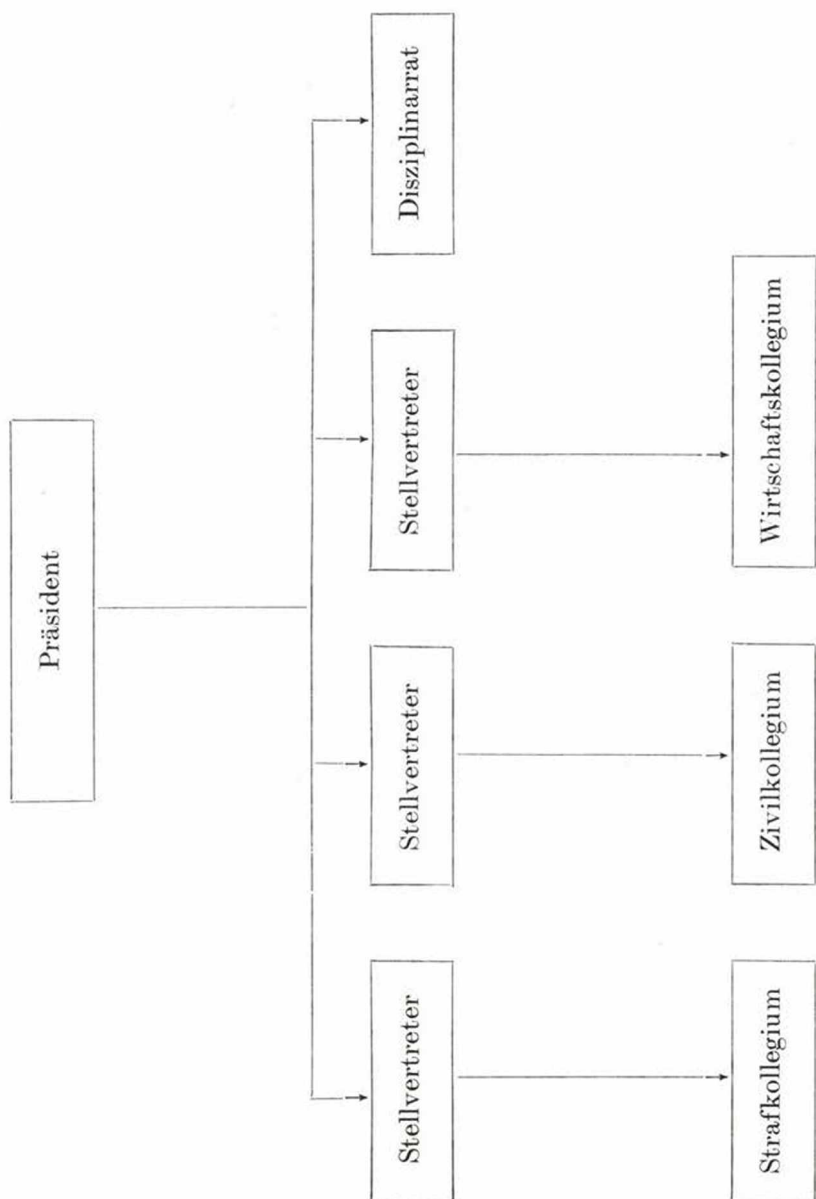
Zu der Zuständigkeit der Militärgerichte gehören die von den Mitgliedern der bewaffneten Kräfte (Volksarmee, Grenzwache), der bewaffneten Körperschaften (Polizei, Arbeitermiliz usw.) und der Polizeiorgane verübten Delikte sowie – aufgrund besonderer gesetzlichen Verfügung – die von anderen Personen verübten, ferner die Interessen der Landesverteidigung unmittelbar verletzenden oder gefährdenden Delikte.

Die Militärgerichte wirken in der Festigung der Disziplin der bewaffneten Kräfte und der bewaffneten Körperschaften mit.

Beim Militärgericht sind ein Präsident (stellvertretender Präsident), Berufsrichter und Volksschöffen tätig. In der in einer Strafsache verfahrenen Kammer kann der Volksschöffe keinen niedrigeren Dienstgrad als der Angeklagte haben.

Die Berufungen gegen die Beschlüsse der Militärgerichte werden von Obersten Gericht beurteilt und dadurch fügt sich die Militärsondergerichtsbarkeit auch strukturell in das einheitliche System der sozialistischen Rechtspflege ein. (Im Falle der besonderen Arbeitsgerichtsbarkeit beginnt dieser Prozeß schon mit der Beurteilung der Berufungen durch das Komitatsgericht.)

2. Das Komitatsgericht



6. Das Oberste Gericht

An der Spitze unserer Gerichtsorganisation steht das Oberste Gericht der Ungarischen Volksrepublik, das höchste Gerichtsorgan des Landes.

Das Oberste Gericht verkörpert — wie wir schon darauf hingewiesen haben — infolge seines Organisationsaufbaus die Einheit der sozialistischen Rechtspflege und sichert zugleich durch seine Tätigkeit die praktische Verwirklichung dieser Einheit auf dem ganzen Gebiet der Ungarischen Volksrepublik.

Das Oberste Gericht erfüllt eine doppelte *Aufgabe* im System der ungarischen Gerichtsbarkeit: es *urteilt* in konkreten Sachen und übt dabei eine *grundsätzliche Leitung* über die Urteilstätigkeit sämtlicher Gerichte aus.

Das Oberste Gericht ist ein hervorgehobenes Organ in der Staatsorganisation der Ungarischen Volksrepublik; es steht nicht unter der Aufsicht des Justizministers und ist auch im Staatshaushaltsplan gesondert aufgenommen.

Am Obersten Gericht sind ein Präsident, stellvertretende Präsidenten, Kollegienleiter, stellvertretende Kollegienleiter, Senatspräsidenten, Berufsrichter und Volksschöffen tätig.

Der *Präsident* verfügt über gewisse besondere Rechte neben der Leitung des Obersten Gerichtes, die teils einen verfassungsrechtlichen, teils verfahrensrechtlichen Charakter haben:

- er nimmt auch dann mit Beratungsrecht an den Sitzungen des Parlaments teil, wenn er kein Abgeordneter ist (er ist auch verpflichtet dem Parlament über die Tätigkeit des Obersten Gerichtes regelmäßig zu berichten)⁵;

- aufgrund einer Einladung mit ständigem Charakter nimmt er an den Sitzungen des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik teil;

- er kann die Akten jeder beliebigen Gerichtssache in jedem Abschnitt des Verfahrens einverlangen;

- er kann jede Sache in die erst- oder zweitinstanzliche Zuständigkeit des Obersten Gerichtes ziehen;

- er kann gegen den rechtskräftigen Beschluß jedes beliebigen Gerichtes (ebenso wie der Oberste Staatsanwalt) eine Gesetzlichkeitsverwahrung einlegen;

- er kann die Initiative ergreifen, daß das Oberste Gericht in einer Rechtsdeutungsfrage eine grundsätzliche Richtlinie gibt.

Die *Organe* des Obersten Gerichtes sind: das Plenum, der Präsidialrat, die Kollegien und die in den einzelnen Sachen urteilenden Senate; am Obersten Gericht ist auch ein Disziplinarrat tätig.

Das *Plenum* ist die höchste Körperschaft der grundsätzlichen Leitung, das der Präsident des Obersten Gerichtes jährlich mindestens einmal einberufen muß. Der Vorsitzende des Plenums ist der Präsident des Obersten Gerichtes, die Mitglieder sind die Berufsrichter (die Volks-

schöpfen nicht!). Am Plenum nimmt mit Beratungsrecht der Justizminister, der Oberste Staatsanwalt teil; ebenfalls mit Beratungsrecht nehmen – aber nur am Plenum, das sich mit Arbeitsgerichtsbarkeit befaßt – der Minister für Arbeitswesen und der Generalsekretär des Landesrates der Gewerkschaften teil. Das Plenum bespricht die Berichte über die Tätigkeit der Kollegien, gibt eine grundsätzliche Anleitung zwecks Sicherung der Einheit der Gerichtsbarkeit, wählt die Mitglieder des Disziplinarrates usw.

Auf dem Gebiet der grundsätzlichen Lenkung der Gerichtsbarkeit sind die wichtigsten Akten des Plenums des Obersten Gerichtes die *Richtlinien* und die *grundsätzlichen Entscheidungen*. Diese werden vom Plenum zwecks Sicherung der Einheit der Gerichtspraxis oder zwecks Anleitung in einer Rechtsdeutungsfrage herausgegeben. Die Richtlinie und die grundsätzliche Entscheidung sind zwar keine Rechtsnormen, d. h. Normen mit allgemein verpflichtender Kraft, aber für die Gerichte selbst sind sie infolge einer Regel der Verfassung (§. 47) doch verpflichtend. Ihre Wirkung strahlt also auch auf die Staatsbürger aus, die – als Ergebnis einer solchen indirekten Geltung – sich an die darin enthaltenen Rechtsgrundsätzen anpassen werden, wenn sie die aus ihrer Verletzung ergebenden Rechtsnachteile vermeiden wollen. Die Richtlinien und die grundsätzlichen Entscheidungen werden im Amtsblatt (Magyar Közlöny), in mehreren ministeriellen Amtsblättern sowie im Blatt des Obersten Gerichtes (Bíróági Határozatok) publiziert; dadurch werden diese Beschlüsse des Plenums des Obersten Gerichtes in einer verhältnismäßig breiten Öffentlichkeit bekannt.

Der *Präsidialrat* ist ein urteilendes und einige andere Aufgaben besorgendes Organ des Obersten Gerichtes. Der Präsidialrat besteht aus sieben Mitgliedern; sein Vorsitzender ist ebenfalls der Präsident des Obersten Gerichtes. Im Rahmen seiner Urteilstätigkeit beurteilt der Präsidialrat jene Gesetzlichkeitsverwahrungen, die gegen den Beschluß des Obersten Gerichtes selbst eingereicht wurden. Der Präsidialrat verfährt außerdem auch in Sachen mit disziplinarem Charakter sowohl in zweiter, wie auch als Revisionsinstanz (bei Gesetzlichkeitsverwahrungen gegen rechtskräftige Disziplinarbeschlüsse).

Die *Kollegien* des Obersten Gerichtes sind die Körperschaften der durch den Präsidenten des Obersten Gerichtes in dieselbe Sachengruppe eingeteilten Richter. Am Obersten Gericht sind Straf-, Zivil-, Wirtschafts-, Arbeits- und Militärkollegien tätig. Die einzelnen Kollegien werden von den Stellvertretern des Präsidenten des Obersten Gerichtes, bzw. von den Kollegienleitern geleitet. An den Sitzungen der Kollegien nehmen mit Beratungsrecht die Vertreter des Justizministers und des Obersten Staatsanwaltes, sowie – ähnlich der Regelung bezüglich des Plenums – im Falle der Besprechung der grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitsgerichtsbarkeit, die Vertreter des Ministers für Arbeitswesen und des Generalsekretärs des Landesrates der Gewerkschaften teil. Die Benennung des Beschlusses des Kollegiums ist: *Stellungnahme*. Das Kollegium erbringt eine Stellungnahme zwecks Förderung

der Einheit der Rechtsanwendung in solchen Fragen, die – infolge der geringeren Bedeutung – keine Anleitung durch eine Richtlinie oder grundsätzliche Entscheidung erfordern. Die Stellungnahme besitzt keine gesetzlich festgelegte verpflichtende Kraft, aber die Gerichte nehmen – nach der Natur der Dinge – die darin zum Ausdruck kommenden Standpunkte in Betracht, weil sie wissen, daß das Oberste Gericht in einem eventuellen Berufungs- oder Gesetzlichkeitsverfahren jene anwenden wird. Die Kollegien sind – neben dem Plenum – ebenfalls Körperschaftsorgane der grundsätzlichen Lenkung am Obersten Gericht (s. Abb. 3).

Die *Urteilstätigkeit* (die Beurteilung konkreter Sachen) wird am Obersten Gericht durch die innerhalb der Kollegien organisierten, spezialisierten (Zivil-, Straf-, Wirtschafts-, Arbeits- und Militär-) Senate bzw. – aber nur im erstinstanzlichen Verfahren – durch Einzelrichter durchgeführt. Der verfahrenende Senat besteht im allgemeinen aus drei Berufsrichtern, aber in den Verfahrensgesetzen bestimmten Sachen kann in erster Instanz auch ein Senat mit anderer Zusammensetzung oder ein Einzelrichter verfahren. Im zweitinstanzlichen Verfahren urteilt immer ein aus drei Berufsrichtern bestehender Senat auch am Obersten Gericht.

Im Kreis der individuellen Urteilstätigkeit verfährt das Oberste Gericht

- *in erster Instanz* in jenen Sachen, die die Verfahrensgesetze in die erstinstanzliche Zuständigkeit des Obersten Gerichtes weisen, bzw. deren erstinstanzliche Entscheidung der Präsident in die Zuständigkeit des Obersten Gerichtes gezogen hat;

- *in zweiter Instanz* beurteilt es jene Berufungen, die gegen die erstinstanzlichen Beschlüsse des Obersten Gerichtes, der Komitatsgerichte und der Militärgerichte eingereicht wurden, ferner verfährt es in den Sachen, in denen der Präsident die Beurteilung der Berufung in die Zuständigkeit des Obersten Gerichtes gezogen hat;

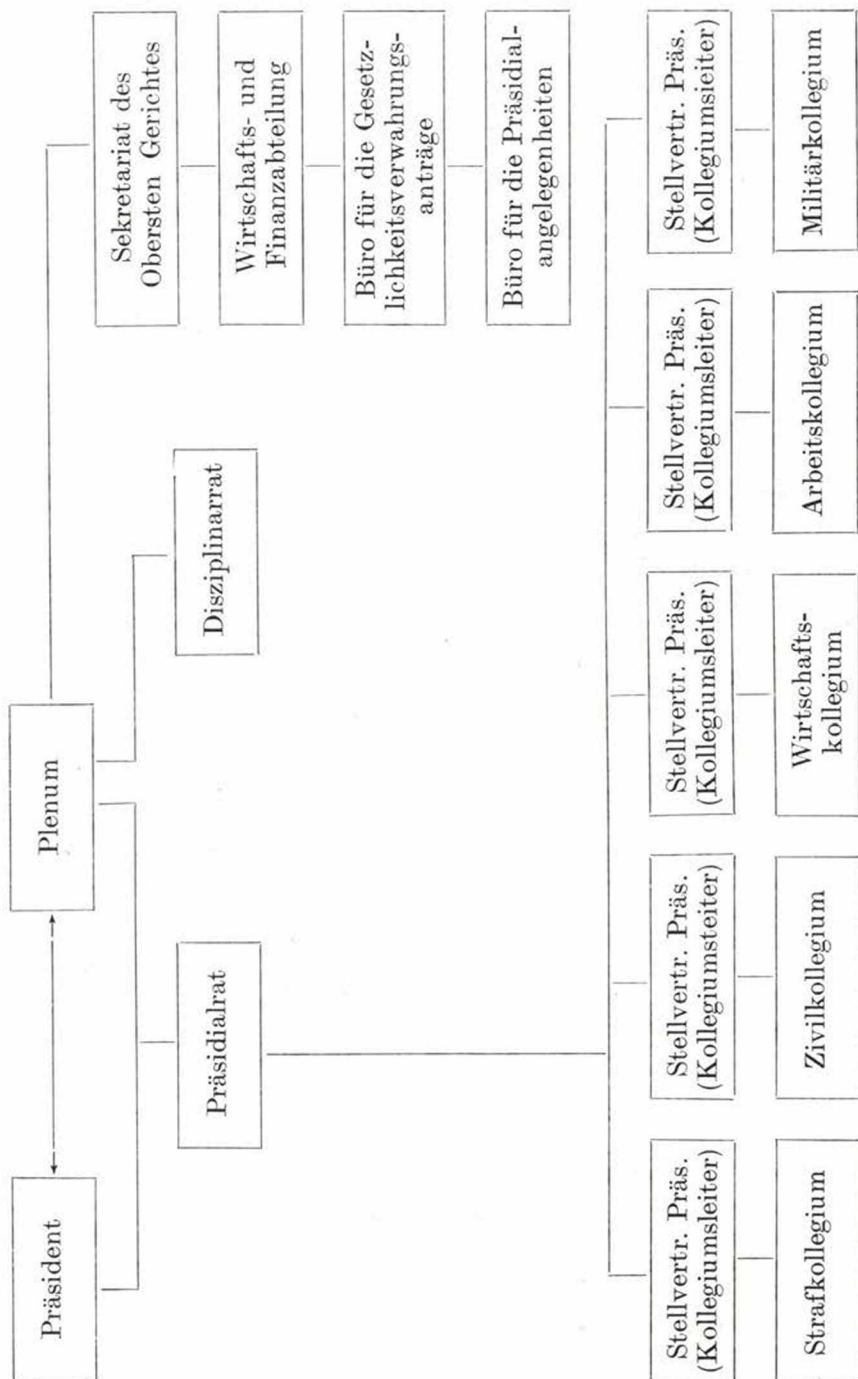
- *in Revisionsinstanz* beurteilt es die gegen rechtskräftige Gerichtsbeschlüsse erhobenen Gesetzlichkeitsverwahrungen.

Diese letztere Tätigkeit greift schon entschieden auf das andere Hauptgebiet der Tätigkeit des Obersten Gerichtes, auf das der *grundsätzlichen Lenkung* hinüber. Die grundsätzliche Lenkung kann auch nicht streng vor der individuellen Urteilstätigkeit getrennt werden, denn auch diese dient – über die Entscheidung der konkreten Sachen hinaus – der grundsätzlichen Lenkung.

Die wichtigsten *rechtlichen Mittel* der grundsätzlichen Lenkung des Obersten Gerichtes sind die schon genannten Richtlinien, grundsätzliche Entscheidungen und Stellungnahmen sowie andere solche Gerichtsbeschlüsse, die – da sie zur Verallgemeinerung geeignete individuelle Entscheidungen enthalten – für die Gerichte des Landes richtungsweisend sind.

Bei der Ausgestaltung der Mittel der grundsätzlichen Lenkung verwendet das Oberste Gericht als *Quellen*:

3. Das Oberste Gericht der Ungarischen Volksrepublik



- die im Laufe der Urteilstätigkeit sowie bei der Beurteilung der Anmeldungen und Beschwerden erworbenen Erfahrungen;
- es informiert sich auch unmittelbar – im Einklang mit dem Justizminister – über die Gerichtspraxis;
- es nimmt durch seinen Vertreter an den Sitzungen der Kollegien der Komitatsgerichte teil;
- es nimmt die aufgrund der Analyse des Justizministers und des Obersten Staatsanwaltes aufgedeckten Angaben in Betracht;
- es nützt die Initiativen, Informationen und Datenlieferungen anderer staatlicher und gesellschaftlicher Organe;
- es verwendet die Forschungsergebnisse der Rechtswissenschaft und anderer Wissenschaften.

7. *Der öffentliche Notar und der Gerichtsvollstrecker*

An den Gerichten arbeiten neben den zum Richterstand gehörenden Personen auch sog. Sachbearbeiter, administrative und Hilfsmitarbeiter. Der öffentliche Notar und der Gerichtsvollstrecker gehören zu den Sachbearbeitern.

Die Aufgabe des *öffentlichen Notars* ist, daß er durch Erledigung gewisser sog. außerstreitiger Verfahren (in erster Linie die Nachlaßverfahren, sowie andere in seine Zuständigkeit gewiesenen außerstreitige Verfahren), durch Verfertigung öffentlicher Urkunden, durch Verrichtung gewisser Beglaubigungsarbeiten (z. B. Beglaubigung von Unterschriften, von Kopien), durch Aufbewahrung von Urkunden und Wertgegenständen und durch Mitwirkung in den rechtlichen Sachen der an ihn sich wendenden Parteien, durch rechtliche Auskünfte den Staatsbürgern und den sozialistischen Organisationen Hilfe leistet.

In der Ungarischen Volksrepublik besorgen staatliche Notare die Aufgaben des öffentlichen Notars. Früher waren die öffentlichen Notare keine staatlichen Angestellten, sie übten aber aufgrund einer seitens des Staates gegebenen Ermächtigung – ohne Arbeitsverhältnis – ihre Tätigkeit aus. Im Jahre 1949 wurden die Stellungen der öffentlichen Notare als staatliche Beamtenstellen organisiert und gleichzeitig wurden die zur Zeit des Horthy-Systems errichteten Notar-Kammern aufgehoben.

Die öffentlichen Notare sind bei den Amtsgerichten (städtischen, Bezirksgerichten) – womöglich im Amtlokal des Gerichtes – tätig. Die zu den Bezirksgerichten von Budapest ernannten öffentlichen Notare üben ihre Tätigkeit in einem zentralen Büro unter dem Namen Büro der Staatlichen Notare von Budapest ihre Tätigkeit aus; ihre Zuständigkeit erstreckt sich auf das ganze Gebiet der Hauptstadt. Die zu den Bezirksgerichten der IV. und XV., der XVIII. und XIX., der XX. sowie der XXI. und XXII. Bezirke von Budapest ernannten öffentlichen Notare gehören ebenfalls zum Büro der Staatlichen Notare von Budapest, aber sie üben ihre Tätigkeit bei den genannten Bezirksgerichten aus.

Die öffentlichen Notare werden vom Justizminister ernannt, die Bedingungen der Ernennung sind identisch mit den Bedingungen der Wahl zum Berufsrichter.

Die Tätigkeit der öffentlichen Notare wird vom Präsidenten des Amtsgerichtes kontrolliert. Die Arbeit des Büros der Staatlichen Notare von Budapest wird vom Präsidenten des Hauptstädtischen Gerichtes von Budapest gelenkt und er besorgt auch die Aufsicht über seine Tätigkeit.

Der Beschluß des öffentlichen Notars hat dieselbe Rechtskraft wie der Beschluß des Amtsgerichtes und es kann dagegen ein Rechtsmittel eingelegt werden. Aufgrund einer vom öffentlichen Notar verfertigten Urkunde kann – in den im Gesetz festgelegten Fällen – auch eine Vollstreckung vollzogen werden.

Die Vollstreckung der eine materielle Verpflichtung feststellenden und einzelnen anderen Gerichtsbeschlüssen wird vom *Gerichtsvollstrecker* durchgeführt. Die Vollstreckung ist der Endakt der Rechtspflegtätigkeit, wie auch die ministerielle Begründung des Gesetzes über die Gerichte hinweist. Die Tätigkeit des Gerichtsvollstreckers fördert also das Geltendmachen der sozialistischen Gesetzlichkeit. Letzten Endes ist also das die Erklärung jener Regel, wonach die Maßnahmen des Gerichtsvollstreckers in seiner Zuständigkeit für die Staats-, Wirtschafts- und gesellschaftlichen Organisationen, sowie für die Staatsbürger verpflichtend sind.

Über die Vollstreckung der Gerichtsbeschlüsse müssen im allgemeinen die in erster Instanz vorgegangenen Gerichte sorgen. Dementsprechend sind die Gerichtsvollstrecker bei den Amtsgerichten (städtischen, Bezirksgerichten) und bei den Komitatsgerichten (Hauptstädtischem Gericht) tätig.

Die am Sitz der Komitatsgerichte und die in der Hauptstadt arbeitenden Gerichtsvollstrecker üben ihre Tätigkeit unter zentralisierten Organisationsrahmen aus. Der am Sitz der Komitatsgerichte arbeitende Gerichtsvollstrecker arbeitet in einem im Rahmen des Komitatsgerichtes organisierten Komitatsgerichtsvollstreckerbüro, die Gerichtsvollstrecker des Hauptstädtischen Gerichtes und der Bezirksgerichte in einem im Rahmen des Hauptstädtischen Gerichtes organisierten Gerichtsvollstreckerbüro in Budapest.

Der Gerichtsvollstrecker ist ein Staatsangestellter, den der Präsident des Komitatsgerichtes (des Hauptstädtischen Gerichts) ernennt. Die Bedingungen der Ernennung sind: *a)* ungarische Staatsbürgerschaft, *b)* unbeschränkte Handlungsfähigkeit, *c)* unbescholtenes Vorleben. Der Vollstrecker muß am Komitatsgericht eine Gerichtsvollstreckerfachprüfung ablegen.

Der Präsident des Gerichtes leitet und kontrolliert die Arbeit des Gerichtsvollstreckers.

8. Der Gerichtssachverständige

Im Gerichtsverfahren treten oft *Sachverständige* auf, die dem Gericht zu der eine Fachkenntnis erfordernde Feststellung oder Bewertung einer Tatsache (eines Umstandes) Hilfe leisten. Der Sachverständige ersetzt also den Mangel eines besonderen Fachwissens des Gerichtes.

Die Tätigkeit des Gerichtssachverständigen wird in Straf- und Zivilsachen von den Gerichtssachverständigeninstituten (Büros) oder von den ärztlichen Gerichtssachverständigeninstituten der medizinischen Universitäten bzw. von einem zum Personalstand des Innenministeriums gehörenden *ständigen Sachverständigen*, in einem durch Rechtsnorm festgesetzten Fall von dem dazu bestimmten *Organ* (Institut, Institution, Unternehmen usw.) bzw. von einem im Namensverzeichnis der Gerichtssachverständigen aufgenommenen sog. *bestellten Sachverständigen*, wenn das aber unmöglich ist, von einer über entsprechende Fachkenntnis verfügenden anderen Person oder einem Institut (*ad hoc Sachverständigen*) besorgt.

Unter der Aufsicht des Justizministers arbeiten die ärztlichen Gerichtssachverständigeninstitute, das Justizbuchsachverständigeninstitut und Büros, das Technische Gerichtssachverständigeninstitut und die Landesanstalt für gerichtliche Chemie. Weitere Sachverständigeninstitutionen sind: das Institut für gerichtliche Medizin der medizinischen Universitäten und einzelne andere Institute, staatliche Organe, wie z. B. das Kriminaltechnische Institut des Innenministeriums (Waffen- und Munitionssachverständige, Spursachverständige, Schriftsachverständigenuntersuchungen, Blutalkoholuntersuchung usw.), die Ungarische Nationalbank (Untersuchung bezüglich der Fachprobleme der Devisenbewirtschaftung usw.). Den entsprechenden Fachministerien (Minister für Gesundheitswesen, Finanzminister usw.) kommt das Recht der Fachaufsicht über die Tätigkeit der Sachverständigen auf den einzelnen Fachgebieten zu. In anderen Bezügen übt der Justizminister die Aufsicht über die Sachverständigentätigkeit aus.

Wenn das Gutachten den Erfordernissen nicht entspricht und das Fachproblem auch durch die Bestellung eines anderen Sachverständigen nicht geklärt werden kann, kann das Gericht die Überprüfung des Gutachtens verordnen. Zur Überprüfung sind berechtigt: die Justizkommission des Wissenschaftlichen Rates für Gesundheitswesen, die Gerichtliche Buchsachverständigenkommission, die Gerichtstechnische Sachverständigenkommission, die Gerichtliche Landwirtschaftliche Sachverständigenkommission, die Prüfungskommission der Veterinäruniversität bzw. ein anderes vom Justizminister im Einverständnis mit dem interessierten Minister und dem Obersten Staatsanwalt bestelltes Organ (Körperschaft).

9. Aufsicht und Verwaltung der Gerichte

Die Aufsicht und Verwaltung der Gerichte wird auf höchster Ebene durch den Justizminister besorgt. Diese Tätigkeit ist mit der grundsätz-

lichen Lenkung der Rechtssprechung der Gerichte, die eine Aufgabe des Obersten Gerichtes ist, nicht identisch. Der Zusammenhang zwischen den beiden Aufgaben ist aber offensichtlich: letzten Endes dienen beide der erfolgreichen Verwirklichung der Aufgaben der sozialistischen Rechtspflege.

Der *Justizminister* übt die *Oberaufsichtsbefugnis* über die allgemeine Tätigkeit der Gerichte aus. Weder diese Arbeit, noch die Lenkungs- und Aufsichtstätigkeit der Gerichtspräsidenten darf das Geltendmachen des Grundsatzes der richterlichen Unabhängigkeit verletzen — betont das Gesetz über die Gerichte [§. 56 Abs. (1)]. Bei der Ausübung seiner Oberaufsichtsbefugnis bewertet der Justizminister

- die gesellschaftlichen Wirkungen, die sich als Ergebnis der Urteilstätigkeit der Gerichte zeigen, er analysiert die gesellschaftlichen Ursachen der Rechtsverletzungen und trifft oder initiiert Maßnahmen im Interesse ihrer Beseitigung;

- er informiert sich im Interesse der Förderung der Einheit der Gerichtspraxis — aber nur aufgrund der schon rechtskräftig beendeten Sachen — über die Gerichtspraxis und er initiiert als dessen Ergebnis eine entsprechende grundsätzliche Richtungsweisung, bzw. in individuellen Sachen eine Gesetzlichkeitsverwahrung gegen die rechtskräftigen Beschlüsse beim Präsidenten des Obersten Gerichtes;

- er informiert die Gerichte über die Feststellungen, die auf der Untersuchung der rechtskräftig beendeten Sachen beruhen.

Der Justizminister übt die Oberaufsicht über die Arbeit der Arbeitsgerichte in Einvernehmen mit dem Minister für Arbeitswesen und dem Generalsekretär des Landesrates der Gewerkschaften aus.

Die *Verwaltung der Gerichte* ist ebenfalls eine Aufgabe, die auf höchster Ebene vom Justizminister, auf den niedrigeren Ebenen von den Gerichtspräsidenten besorgt wird.

Bei den Aufgaben der Gerichtsverwaltung sichert der Justizminister vor allem die zur Arbeit der Gerichte notwendigen *persönlichen* Bedingungen (sorgt für Nachschub der Mitglieder der Richterkörperschaft, für der Nominierung, Einteilung, Ausbildung und Weiterbildung der Richter usw.), sowie für die *materiellen* Bedingungen, ferner lenkt und kontrolliert er auch die Tätigkeit der Gerichtspräsidenten.

10. Rolle der Rechtsanwälte und Justitiare in der Rechtspflege

Die Rechtsanwälte und Justitiare sind sehr wichtige Faktoren der sozialistischen Rechtspflege. Das Gesetz über die Gerichte (§. 9) weist im Zusammenhang mit dem Recht zur Verteidigung, unmittelbar und die Verfassung [§. 49 Abs. (2)] auf indirekte Weise auf ihre Mitwirkung in der Rechtspflege hin. Die Erhebung der Rechtsanwaltschaft auf Verfassungsebene widerspiegelt jene hohe Bewertung, die die sozialistische Auffassung — im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte und dem Geltendmachen der Gesetzlichkeit — dem Rechtsanwaltsberuf zukommen läßt.

Die Aufgabe der *Rechtsanwälte* ist die Rechtshilfe der Parteien, Privatpersonen und auch sozialistischen Organisationen. Durch Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen die Rechtsanwälte indirekt auch die Rechtsanwendungstätigkeit der Gerichte und anderer Behörden.

Das Hauptgebiet der Erfüllung der Rechtsanwaltsfunktionen ist die *Gerichtbarkeit*: das Strafverfahren und das Zivilverfahren. Die Mitwirkung des Rechtsanwaltes im Strafverfahren bedeutet nicht nur die Verteidigerrolle des Angeklagten. Der Rechtsanwalt verfährt auch als Vertreter des Verletzten, der Privatpartei und anderer Interessierten. Auch im Zivilverfahren ist die Mitwirkung des Rechtsanwaltes als Rechtsvertreter (Ermächtigter) der Interessierten ein häufiger Fall.

Die Rechtsanwälte üben eine bedeutende Tätigkeit im Interesse der Parteien auch im *außergerichtlichen Verfahren*, bei anderen Behörden, Organen aus, z. B. bei einem Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde. Aus praktischer Sicht ist jene Hilfe sehr wichtig, die der Rechtsanwalt in Form von rechtlicher Beratung, Information, Abfassung von Gesuchen, Verfertigung von Verträgen usw. den Staatsbürgern und juristischen Personen leistet.

Die Organisationsfragen der Rechtsanwaltschaft, die Rechte und Pflichten der Rechtsanwälte werden in der Rechtsanwaltsordnung (mit dem Erlaß Nr. 22 vom Jahre 1966 modifizierter Erlaß Nr. 12 vom Jahre 1958) ausführlich geregelt. Die Rechtsanwaltsordnung spricht jenes grundlegendes Erfordernis aus, daß der Rechtsanwalt mit gewissenhafter Arbeit das Geltendmachen der Rechte der Parteien unterstützen muß, aber er darf nicht darin mitwirken, daß die Bestimmungen des Gesetzes umgangen oder hintergangen werden und mit dem Recht auf irgendeine Weise Mißbrauch getrieben wird.

Die sozialistische Rechtsanwalts-tätigkeit hat einige grundlegende Grundsätze.

Im weiteren heben wir die wichtigsten hervor.

— Der *gesellschaftliche Charakter der Rechtsanwaltsorganisation* bedeutet, daß sich die Rechtsanwaltschaft in gesellschaftliche (nicht staatliche) Organisationen mit Autonomie vereint, die selbst in Fragen ihrer Tätigkeit entscheiden;

— der *Gemeinschaftscharakter der Rechtsanwaltsarbeit* kommt darin zum Ausdruck, daß die Rechtsanwälte in Ungarn — abgesehen von sehr wenigen Rechtsanwälten mit Privatpraxis — ihre Tätigkeit in Rechtsanwaltskollegien ausüben. Eine vieljährige Erfahrung erwies, daß allein das Kollegiensystem die Bedingungen des hohen Niveaus der Rechtsanwalts-tätigkeit, der gründlicheren Fachlichkeit, der gegenseitigen Kritik und Kontrolle und der besseren Einkommensverteilung zu schaffen vermag;

— die *Allgemeinheit der Rechtshilfe des Rechtsanwaltes* ist ein Grundsatz von tiefem demokratischem Inhalt. Unter den Verhältnissen des Sozialismus ist die Hilfe des Rechtsanwaltes für jeden zugänglich und nicht nur ein Privileg der Vermögenden. Daraus ergibt sich der Satz der *reinen Rechtsanwaltswahl*. Die Partei gibt dem Rechtsanwaltskollegium

den Auftrag, aber ist – infolge des Vertrauensmoments im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts – berechtigt, die Besorgung seiner Sache von einem bestimmten Mitglied des Rechtsanwaltskollegiums ausdrücklich zu verlangen. Falls kein solcher Wunsch vorliegt, bestellt der Leiter des Rechtsanwaltskollegiums den sachwaltenden Rechtsanwalt.

An der untersten Stufe des Organisationsaufbaus der Rechtsanwaltschaft steht das *Rechtsanwaltskollegium*. Das ist das unterste Organ der Rechtsanwaltautonomie und zugleich der unmittelbare Rahmen der Ausübung der praktischen Arbeit der Rechtsanwälte. Das Rechtsanwaltskollegium kann aus mindestens vier und höchstens zwanzig Mitgliedern bestehen. An der Spitze des Kollegiums steht der von der Mitgliedsversammlung gewählte und vom Präsidium der Anwaltskammer bestätigte Leiter.

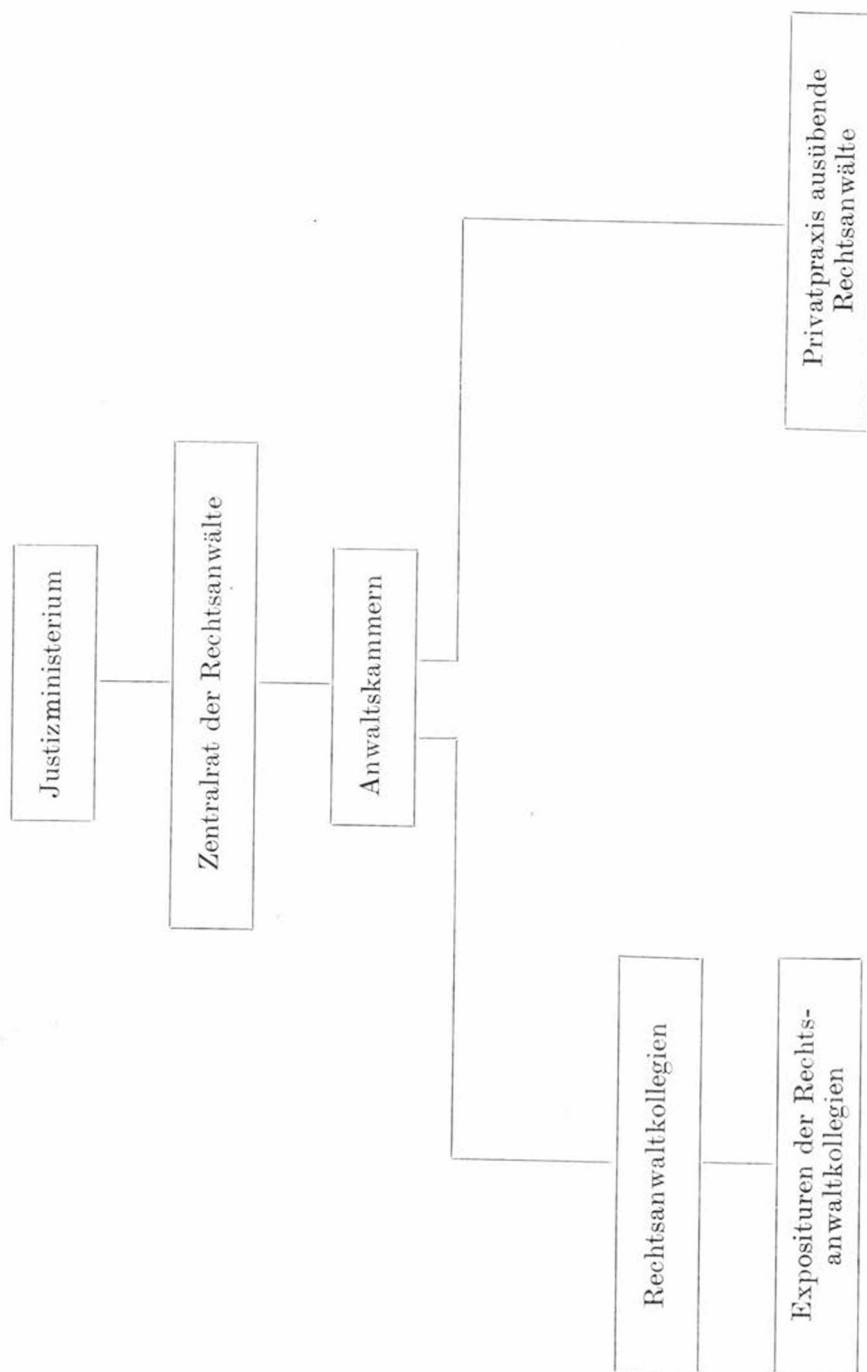
In den Städten (Gemeinden), wo keine Möglichkeit der Bildung eines selbständigen Rechtsanwaltskollegiums vorhanden ist, errichtet aufgrund des Auftrags der Anwaltskammer das in der Nähe der Ortschaft tätige Rechtsanwaltskollegium eine *Expositur* des Kollegiums.

Die Selbstverwaltungsorgane der Rechtsanwaltschaft mittlerer Stufe sind die *Anwaltskammern*. Die Anwaltskammern sind nach dem Gebietsprinzip organisiert: sie sind in der Hauptstadt und in den Komitaten tätig. Die Rechtsanwaltsordnung besagt, daß die Anwaltskammer die Körperschaftsinteressen der Rechtsanwälte vertritt, für den Schutz der Anwaltsrechte und für die Überwachung ihrer Pflichten sorgt, über die Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eine Disziplinarbefugnis ausübt, in Fragen bezüglich der Gerichtsbarkeit sowie der Gesetzgebung Stellung nimmt und Vorschläge unterbreitet. Die Organe der Anwaltskammer sind die Generalversammlung, das Präsidium, die Kontrollkommission und der Disziplinerrat.

Das Selbstverwaltungsorgan der ungarischen Rechtsanwaltschaft auf höchster Ebene ist der *Zentralrat der Rechtsanwälte*. Der Rat besteht aus den Präsidenten der Anwaltskammern und aus den Rechtsanwälten, die der Justizminister von den zum Ratsmitglied gewählten Rechtsanwälten zum Mitglied bzw. Ersatzmitglied bestimmt hat. Der Zentralrat der Rechtsanwälte führt einerseits verwaltungsartige Aufgaben durch (zweitinstanzliches Verfahren in Disziplinarsachen der Anwälte, Beurteilung der Berufungen gegen die Beschlüsse des Präsidiums der Kammer, Organisation und Lenkung der Rechtsanwaltsweiterbildung usw.), andererseits erfüllt er eine beratende Rolle beim Justizminister und nimmt Stellung und macht Vorschläge in wichtigeren Fragen, die die Rechtsanwaltschaft berühren.

Die Obergewalt über die Rechtsanwaltschaft besorgt der *Justizminister* (s. Abb. 4). In diesem Rechtskreis übt der Justizminister eine grundsätzliche Lenkung hinsichtlich der Tätigkeit der Rechtsanwälte aus und kontrolliert die Arbeit der Organe der Rechtsanwälte. Die wichtigsten Mittel der grundsätzlichen Lenkung sind die sog. *anwaltspolitischen Richtlinien*, die zuletzt im Jahre 1976 herausgegeben wurden.

4. Rechtsanwaltsorganisation der Ungarischen Volksrepublik



Die geltenden anwaltspolitischen Richtlinien gehen aus den Beschlüssen des XI. Kongresses der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei bezüglich der Rechtspflege aus und bestimmen für sämtliche Organe der Rechtsanwaltschaft die Aufgaben der Weiterentwicklung der Arbeit der Rechtsanwälte. Unter den Erfordernissen unserer Tage bedeutet das in erster Linie, daß der Gemeinschaftscharakter der Rechtsanwaltsarbeit und der sozialistische Inhalt der Kollegiumsform weiterentwickelt, das Niveau der Rechtsanwaltsarbeit und die damit zusammenhängenden ethischen Erfordernisse gehoben, von der Erziehung des Rechtsanwaltsnachschubs in sozialistischem Sinn und mit hohem fachlichem und politischem Anspruch gesorgt und die Tätigkeit der Rechtsanwälte im öffentlichen Leben erhöht werden muß.

Der Rechtsanwaltberuf ist in Ungarn eine *freie Beschäftigung*. Seine Ausübung ist natürlich von Organisationsbedingungen (Mitgliedschaft der Anwaltskammer und eines Rechtsanwaltskollegiums) sowie von persönlichen Bedingungen (ungarische Staatsbürgerschaft, juristische Fachprüfung, Strafflosigkeit und Unbescholtenheit) abhängig, aber im Falle ihres Vorhandenseins führt der Rechtsanwalt schon frei und auf unabhängige Weise seine Arbeit aufgrund seiner eigenen inneren Überzeugung und der für jeden verpflichtenden Rechtsnormen durch. Als spezielle Garantie des freien Berufscharakters der Rechtsanwaltschaft ist jene zur Sicherung der Unbeeinflussbarkeit berufene *Unvereinbarkeitsregel* aufzufassen, wonach der Rechtsanwalt in keinem Arbeitsverhältnis stehen kann. Die Rechtsanwaltsarbeit kann nur als Lebensberuf ausgeübt werden.

Der Rechtsanwalt erhält sein Honorar aus den von den Parteien zum Rechtsanwaltskollegium eingeflossenen Beträgen. Der *Arbeitslohn* des Rechtsanwalts ist – im Rahmen der vom Justizminister festgestellten Gebührenordnung – Gegenstand eines freien Abkommens. Bei der Feststellung des Arbeitslohnes sind der Charakter (der Gegenstand) der Sache und ihre Bedeutung, die zur Erfüllung des Auftrages notwendige Arbeitsmenge, sowie die persönlichen und materiellen Umstände der Partei in Betracht zu ziehen.

Der *Justitiar* hat ebenfalls die Aufgabe, daß er berufsmäßig juristische Hilfe leistet. Verglichen mit der Lage des Rechtsanwaltes zeigen sich aber zwei grundlegende Abweichungen: der Justitiar steht immer im Arbeitsverhältnis (bei einer Genossenschaft eventuell im Mitgliedschaftsverhältnis) und er vollführt seine Arbeit nicht im Kreise der Staatsbürger, sondern bei einer sozialistischen Organisation (Unternehmen, staatlichen Haushaltsorganen, Genossenschaften usw.).

Die Fachbildung des Justitiars ist dieselbe wie die des Rechtsanwaltes; er muß dieselbe juristische Fachprüfung ablegen und die Bedingungen seiner Ernennung sind mit denen der Aufnahme in die Anwaltskammer identisch. Der Justitiar ist aber nicht Mitglied der Anwaltskammer und er darf sich mit der Vertretung der Interessen von Privatparteien – mit Ausnahme gewisser Sachen der Werk tätigen seines Unternehmens (seiner Genossenschaft) – nicht befassen.

Diese entschiedene organisatorische Trennung der beiden juristischen Berufe erfolgte in Ungarn im Jahre 1955. In ihrer Arbeit zeigen sich – zwar in nicht sehr großer Zahl – gewisse Berührungsflächen (unter bestimmten Bedingungen können z. B. auch Rechtsanwälte in Sachen der Unternehmen, die Justitiare in denen der Werktätigen verfahren), aber diese organisatorische Trennung, deren Grundlage letzten Endes die starke Entfaltung des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft und seine Erstärkung und in diesem Zusammenhang die ein Arbeitsverhältnis (Mitgliedschaftsverhältnis) erfordernde ständige Beschäftigung ist, ist aber auch weiterhin geblieben.

In den letzten Jahren ist allerdings eine gewisse Annäherung im Charakter der Rechtsanwalt- und Justitiararbeit auf einem der wichtigsten Gebiete ihrer Tätigkeit, in der Rechtspflege eingetreten. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung unseres Systems der Wirtschaftslenkung beseitigte nämlich die schon öfters erwähnte Gerichtsbarkeitsreform vom Jahre 1972 die wirtschaftlichen Schlichtungskommissionen (Vertragesgerichte) und die gebietlichen Arbeitsschlichtungsausschüsse und ihre Sachen wurden vor ein gerichtliches Verfahren gewiesen. Dadurch wurde einer der Hauptorte der Arbeit der Justitiare auch das Gericht, sie selbst wurden – durch die Wirtschaftsprozesse und arbeitsrechtlichen Rechtsstreite – zu Juristen, die in der Rechtspflege regelmäßig mitwirken.

Der Justitiar muß ebenso wie der Rechtsanwalt, seine Aufgabe so erfüllen, daß er mit seiner Tätigkeit auf seinem Arbeitsgebiet die sozialistische Gesetzlichkeit, wie darauf die Regierungsverordnung Nr. 17/1971. (IV. 28.) Korm., die die Grundbestimmungen bezüglich der Justitiare beinhaltet, in erhöhtem Maße hinweist, fördern muß.

Die Hauptfunktionen des Justitiars sind:

- Er wirkt in der Vorbereitung der wirtschaftlichen und anderen Entscheidungen aus juristischer Sicht, im Abschluß der Verträge des Unternehmens, in den Verhandlungen, die eine Auswirkung auf die Rechte und Verpflichtungen des Unternehmens ausüben, mit;
- er äußert seine Meinung hinsichtlich der durch das Unternehmen oder gegen das Unternehmen geltend gemachten Ansprüche;
- er besorgt die Rechtsvertretung des Unternehmens vor den Gerichten, Verwaltungsorganen, sowie gegenüber dritten Personen;
- er wirkt in der zum Schutz des gesellschaftlichen Eigentums notwendigen Tätigkeit juristischer Natur mit;
- er nimmt in der Ausarbeitung der an seinem Arbeitsort vorbereiteten Rechtsnormentwürfen und inneren Vorschriften mit rechtlichem Inhalt teil;
- er lenkt die Aufmerksamkeit des Leiters des Unternehmens auf die von ihm erfahrenen Rechtsverletzungen und unterbreitet Vorschläge bezüglich deren Beseitigung.

Der Justitiar spielt eine sehr wichtige Rolle im Schutz der volkswirtschaftlichen Interessen, in der Sicherung der Vertrags- und Finanz-

disziplin, im Geltendmachen der Rechte der Werktätigen im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, in der Beschleunigung der Befriedigung ihrer berechtigten Ansprüche, in der Vermeidung der Wirtschafts- und Arbeitsprozesse nach Möglichkeit, in der Vorbeugung der Gesetzverletzungen, in der rechtlichen Unterstützung der Ungestörtheit und des Erfolges der wirtschaftlichen Aufbauarbeit.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben und zur Besorgung seiner Arbeit leistet ihm der *Rechtsreferent* eine Hilfe, der unter seiner Leitung und Kontrolle arbeitet. Im Falle der Beschäftigung mehrerer Justitiare arbeitet der eine als leitender Justitiar.

Der Justitiar besorgt die Vertretungsbefugnis ohne besondere Ermächtigung aufgrund seines Arbeitsverhältnisses (Genossenschaftsmitgliedsverhältnisses) als Ermächtigter des Unternehmens (der Genossenschaft), dessen Angestellter (Mitglied) er ist.

Mit vorangehender Zustimmung des Leiters des Unternehmens (der Genossenschaft) kann der Justitiar auch die Prozeßvertretung des Werktätigen (Mitglieds) des Unternehmens (der Genossenschaft) besorgen in einer solchen Sache im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis (Mitgliedsverhältnis), in der kein Interessengegensatz zwischen dem Unternehmen (der Genossenschaft) und dem Werktätigen besteht.

Die Vertretung der fachlichen Interessen der Justitiare der Unternehmen und der Genossenschaften ist die Aufgabe des Ungarischen Juristenvereins, in dessen Rahmen besondere Unternehmensjuristenabteilung und Genossenschaftsjuristenabteilung funktionieren.

11. Zusammenarbeit der Gerichte mit den örtlichen Räten und den gesellschaftlichen Organen

Der Umstand, daß das Gericht — wie wir darauf schon einleitend hingewiesen haben — ein besonderes Organ im sozialistischen Staatsmechanismus ist, bedeutet keinesfalls die Isolierung des Gerichtes von den anderen Staatsorganen und gesellschaftlichen Organen. Im Gegenteil, das Gericht steht im sozialistischen Staat in einer sehr engen Verbindung mit anderen Behörden und Organisationen.

In Ungarn hat diese Verbindung einen institutionellen — durch Rechtsnorm geregelten — Charakter sowohl in *organisationaler*, wie auch in *funktionaler* Beziehung und nimmt verschiedene Formen auf.

Von diesen Verbindungen des Gerichtes lenkt vor allem die Zusammenwirkung mit den Räten die Aufmerksamkeit auf sich. Die Rolle der zuständigen Räte in der Rechtspflege zeigt sich schon organisatorisch bei der Bildung der Gerichte durch die Wahl der Volksschöffen der Amtsgerichte, der Komitatsgerichte und der Arbeitsgerichte alle fünf Jahre. Die örtlichen Räte haben von den Werktätigen der auf ihrem Gebiet tätigen Unternehmen, Produktionsgenossenschaften, Staatsgüter und Institute bei der letzten Wahl (in 1973) etwa 11 500 Volksschöffen gewählt.

Es kommt dem Rat auch das Recht zu, den Volksschöffen in begründetem Fall — auf Vorschlag des Justizministers — aus seinem Amt zurückzuberufen.

Im Rahmen der funktionellen Verbindung informiert das Gericht entsprechend der Bestimmung des Ratsgesetzes [Gesetz I vom Jahre 1971 §. 26 Abs. (1)] den Rat oder das Exekutivkomitee über die Erfahrungen seiner eigenen Tätigkeit. Diese „Information“ – dem Wesen nach ein Bericht – spricht nicht nur von der Arbeit der von den Räten gewählten Volkschöffen, sondern umfaßt auch die Tätigkeit der Berufsrichter. Diese Berichte dienen – neben den ähnlichen Berichten der Organe der Staatsanwaltschaft – als wertvolle Informationen für den betreffenden örtlichen Rat hinsichtlich der Lage auf den wichtigsten Gebieten der Rechtspflege und einzelner zeitgemäßer Rechtssprechungsfragen (z. B. Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, Gesetzlichkeit der Verwaltungsbeschlüsse, Urteilspraxis in Wohnungsprozessen usw.).

Die Zusammenarbeit der Gerichte mit den Gewerkschaften weist ebenfalls organisatorische und auch funktionelle Züge auf. Das Recht der Kandidierung vor der Wahl der Volksschöffen des Arbeitsgerichtes sowie der Pädagogen-Volksschöffen der delegierten Kammer des in Strafsachen der Jugendlichen vorgehenden Gerichtes kommt dem nach Sitz des Gerichtes zuständigen Gewerkschaftsrat der Komitate (der Hauptstadt) zu.

Die Gewerkschaften haben ein ausgedehntes Mitwirkungsrecht im Gerichtsverfahren. Das Arbeitsgesetzbuch [§. 15 Abs. (2)] berechtigt die Gewerkschaft, den Werktätigen in Fragen, die seine Lebens- und Arbeitsbedingungen berühren, vor dem Gericht zu vertreten und in den Fragen, die das Arbeitsverhältnis berühren, im Interesse des Werktätigen – in seinem Namen und seinerstatt – auch ohne besondere Ermächtigung zu verfahren. (Aufgrund einer Ermächtigung kann die Gewerkschaft übrigens in jedem Prozeß ihres Mitglieds verfahren.) Die hochbedeutenden Maßnahmen der Regierung und des Landesrates der Gewerkschaften über die Aufstellung des Rechtshilfedienstes der Gewerkschaften förderten das wirksamere Geltendmachen dieses Befugnisses der Gewerkschaften und der Zielsetzungen bezüglich des Rechtsschutzes der Werktätigen [Beschluß des Ministerrates Nr. 2031/1974. (VIII. 18.) Mt. h. und die Richtlinie des Landesrates der Gewerkschaften, herausgegeben in Einvernehmen mit dem Minister für Arbeitswesen und dem Justizminister Nr. 1/1976. (III. 27.) SZOT].

Die Teilnahme des Generalsekretärs des Landesrates der Gewerkschaften bzw. seines Vertreters am Plenum bzw. an der Sitzung des Arbeitskollegiums des Obersten Gerichtes sichert an der höchsten Ebene die Kontinuität der Verbindung zwischen den Gewerkschaften und der Rechtspflege und fördert die gegenseitige Information.

Auch die *Patriotische Volksfront* spielt eine bedeutende Rolle bei den Beziehungen der Gerichte. Ein Gesetz weist darauf unmittelbar nur bezüglich der Volksschöffen des Obersten Gerichtes hin, für deren Wahl der Landesrat der Patriotischen Volksfront dem Präsidialrat der Volksrepublik den Kandidierungsvorschlag unterbreitet [Gesetz über die Gerichte §. 73 Abs. (4)]. Die Beziehung der Patriotischen Volksfront

mit den Gerichten ist aber viel ausgedehnter, als dieses gesetzlich gesichertes Kandidierungsrecht.

Mit Hinsicht auf jene enge, tägliche Zusammenarbeit, die sich in der Beziehung der Patriotischen Volksfront und der Räte untereinander offenbart, nehmen die Körperschaften der Patriotischen Volksfront gemäß der ausgebildeten Praxis an dem der Wahl der Volksschöffen durch den Rat vorangehenden vorbereitenden Verfahren teil. Diese Teilnahme besteht darin, daß die zur Wahl befugten Räte das Namensverzeichnis der zum Volksschöffenamt vorgeschlagenen Kandidaten — zwecks Meinungsäußerung — im allgemeinen dem entsprechenden Gebietskomitee (Präsidium) der Patriotischen Volksfront unterbreiten. Dieses Verfahren sichert eine Information über die Meinung der breitesten Kreise der Bevölkerung über die zum Volksschöffenamt vorgeschlagenen Werktätigen. Für die Vorbereitung eines Ratsbeschlusses bezüglich der Rückberufung eines Volksschöffen ist dieselbe Methode maßgebend.

ANMERKUNGEN

¹ *Lenin*, W. I.: Sämtliche Werke, II. Ausgabe, 36. Band, Budapest, S. 50.

² Schriften, XII. Band, S. 480.

³ *Marx — Engels*: Ausgewählte Werke, I. Band, Budapest, 1949, S. 606.

⁴ Die ausführlichere Darlegung der Grundsätze der sozialistischen Rechtspflege s. vom Verfasser: Magyar törvénykezési szervezeti jog (Ungarisches Gerichtsverfassungsrecht) Budapest, 1961, S. 65. ff.

⁵ S. Verfassung §. 48 Abs. (2) und die Geschäftsordnung des Parlaments §. 21 Abs. (1), sowie §. 31.

ТЕОРЕТИЧЕСКИЕ И ОРГАНИЗАЦИОННЫЕ ОСНОВЫ ПРАВОСУДИЯ В ВЕНГРИИ

д-р ЛАСЛО НЕБАИ

Профессор, зав. кафедрой гражданского процессуального права

(Резюме)

В первой части труда освещаются задачи социалистического правосудия и основная направленность развития венгерского судостроительства.

Во второй части труда автор излагает суть конституционных основных принципов венгерского правосудия, затем в отдельности анализирует следующие основные принципы: исключительность правосудия; единство правосудия; участие народа в правосудии; избрание судей; независимость судей; гласность, устность, непосредственность судебного разбирательства; право на обжалование судебных решений; обеспечение пользования родным языком; право на защиту и представительство сторон.

В третьей части труда показывается судебная система Венгерской Народной Республики, характеризуются виды судов и дается обзор о деятельности отдельных организаций, связанных с правосудием (нотариат, бюро судебных экспертов, адвокатура и т.п.).

THE THEORETICAL AND ORGANIZATIONAL BASES OF ADMINISTRATION
OF JUSTICE IN HUNGARY

by

DR. LÁSZLÓ NÉVAI

Professor, Head of Civil Procedure Law Department

(SUMMARY)

The first part of the treatise presents the tasks of the socialist administration of justice and the main trend of development in the Hungarian judicial organization.

In the second part of the treatise the author expounds the essence of the constitutional basic principles of the Hungarian administration of justice, and analyses each of the following basic principles: the exclusiveness of administration of justice by court, unity of administration of justice, collective jurisdiction, the people's participation in administration of justice, election of judges, independence of the judge, publicity, verballity, directness, right to remedy, safeguarding the use of the mother tongue, right to defence and representation.

The third part of the treatise outlines the judicial system of the Hungarian People's Republic, analyses the kinds of courts and the activity of some organizations linked with administration of justice (notary's office, expert's office, lawyers' co-operatives etc.).